

Akademiegespräche im Landtag

Prof. Dr. Carlo Masala

Dr. Jana Puglierin

Europa in der neuen Welt(un)ordnung



**Bayerischer
Landtag**



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

Professor Dr. Carlo Masala studierte Politikwissenschaften sowie Deutsche und Romanische Philologie in Bonn und Köln, wo er 1996 mit einer Arbeit über die deutsch-italienischen Beziehungen zwischen 1963 und 1969 promoviert wurde. 2002 habilitierte er sich im Fach Politische Wissenschaft und forschte im Anschluss unter anderem am NATO Defense College in Rom. 2007 erhielt er den Ruf auf die Professur für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München. Dort leitet er das Metis Institut für Strategie und Vorausschau und ist als Projektleiter des Kompetenzzentrums Krisenfrüherkennung tätig. Masala gehört zum Herausgeberkreis der Zeitschrift für Politik sowie SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen. Außerdem ist er Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik.

Dr. Jana Puglierin studierte Politikwissenschaft, Völker- und Europarecht sowie Soziologie in Bonn, Venedig und Albany. Zwischen 2003 und 2010 forschte sie an der Universität Bonn, wo sie über das Leben und Denken von John H. Herz promovierte. Anschließend war sie unter anderem für die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik tätig, deren Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen sie zwischen 2015 und 2019 leitete. Momentan ist Puglierin Senior Policy Fellow beim European Council on Foreign Relations und seit 2020 Leiterin des Berliner Büros dieser Denkfabrik. Im Rahmen des Projekts Re:shape Global Europe entwickelt sie Strategien für Europa in einer sich wandelnden Weltordnung. Seit 2022 gehört sie ebenfalls dem wissenschaftlichen Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik an.

**Akademiegespräche
im Bayerischen Landtag**

**Prof. Dr. Carlo Masala
Dr. Jana Puglierin**

Europa in der neuen Welt(un)ordnung

Veranstaltung vom 20. April 2023

| Inhalt | Seite |
|--|--------------|
| Grußwort Ilse Aigner, MdL Präsidentin des Bayerischen Landtags | 7 |
| Einführung Prof. Dr. Ursula Münch Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing | 11 |
| Impulsvortrag Prof. Dr. Carlo Masala Universität der Bundeswehr München | 15 |
| Diskussion | 29 |



Grußwort von Ilse Aigner, MdB Präsidentin des Bayerischen Landtags

Sehr geehrte, liebe Frau Professorin Ursula Münch,
sehr geehrter Herr Professor Masala,
sehr geehrte Frau Dr. Puglierin,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlament,
sehr geehrter Herr Präsident des Verfassungsgerichts,
liebe Mitglieder des Konsularischen Korps,
liebe Freundinnen und Freunde der Akademie für Politische Bildung in Tutzing!

Ich freue mich sehr über die riesige Resonanz auf diese Veranstaltung: Viele Präsidentinnen und Präsidenten, Vorstände und hohe Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind heute gekommen. Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Deutschland ist nicht Kriegspartei.

Gleichwohl ist Deutschland durch und durch parteiisch in diesem Krieg. Denn Russland hat die freie und souveräne Ukraine überfallen. Es führt seit über einem Jahr einen brutalen Angriffskrieg und es versucht, mit der Macht des Stärkeren und unter Inkaufnahme von Millionen Opfern Grenzen in Europa zu verschieben.

Eingebettet ist dieser Krieg in eine ganz große Erzählung: Dass der Westen Russland keine andere Wahl lasse. Dass Nazis und Faschisten in der Ukraine eine Bedrohung seien. Dass Russland nun wieder alte Stärke demonstrieren müsse. In Europa sprechen die Waffen und damit ist unsere Vorstellung von der Welt in Unordnung gebracht. Sie ist aus den Fugen geraten. Und was wir nun brauchen,

sind neue Bahnen, in denen wir denken und vor allem in denen wir handeln müssen. Deutschland und Europa sind aufgefordert, ihre Rolle in der Welt neu zu definieren.

Ich war sofort der Überzeugung: Ein Thema von solcher Tragweite, mit uns verschlossenen Einsichten, aber mit höchster Dringlichkeit, ist Stoff für ein Akademiegespräch. Und wir, liebe Frau Professorin Münch, waren uns schnell einig: Diese neue Rolle Deutschlands und Europas wollen wir gemeinsam hier im Haus fachkundig beleuchten. Insofern heiße ich Sie alle sehr herzlich willkommen!

Deutschland ist in diesem Krieg durch und durch parteiisch. Das müssen wir sein, weil Putin den Imperialismus zum Leid der Ukrainerinnen und Ukrainer zurückgebracht hat, und auch weil sein Großmachtstreben nicht dort endet. Er hat den Westen zum Feind erklärt. Der Westen – wer oder was ist das überhaupt? Das sind die liberalen Demokratien, die er verachtet. Freie Meinungsbildung, Pressefreiheit, unverbrüchliche Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger, Parlamente, die den tatsächlichen Volkswillen repräsentieren, Regierungen, die abhängig sind von Parlamenten und echten Wahlen durch das Volk. Jemand, der im KGB sozialisiert wurde, wie er selbst sagt, kann mit Gewaltenteilung und dem Volk als Souverän nichts anfangen. Er hat ein anderes Weltbild. Wir können auch nicht erwarten, dass er sich ändert: Diktatoren wechseln ihre Ideologie nicht von einem Tag auf den anderen!

Bundeskanzler Olaf Scholz hat unmittelbar nach dem Überfall auf die Ukraine die Zeitenwende ausgerufen. Das war richtig. Zur Wahrheit gehört aber auch: Zuvor haben wir lange die Augen verschlossen vor dem, was wir hätten sehen müssen. Und danach? Danach drängt sich noch immer der Eindruck des sehr situativen Krisenmanagements auf.

Ja, Deutschland hilft humanitär – hat über eine Million Flüchtlinge aufgenommen. Ja, Deutschland übernimmt enorme finanzielle Lasten. Und schließlich: Ja, Deutschland leistet militärische Unterstützung. Wir haben angefangen mit Helmen und sind heute – nach dem Bruch mit unseren Grundsätzen – beim notwendigen Leopard 2. Das sind jeder für sich beachtliche Schritte. Zugleich erkennen wir aber, wie schwer wir uns mit den neuen Gegebenheiten tun: Bis die Ausstattung der Bundeswehr dann auch wirklich auf die Höhe der Zeit gebracht wird. Bis wir in Europa gemeinsam handlungsfähig sind und bis wir als Europäer – neben den USA – einen Kurs bei der Unterstützung der Ukraine fahren.

Zu oft hat man den Eindruck: Deutschland muss von den Erwartungen der Partner und der Öffentlichkeit getrieben werden. Es dauert zu lange, bis wir ins Tun kommen!

Wir brauchen einen langen Atem. Und machen wir uns nichts vor: Das wird nicht leicht. Parteinahme in einem Krieg ist nicht populär und Zustimmung zu hohen Militärausgaben ist kein Selbstläufer. Die Einschüchterungsversuche Putins – man könne auch mal eine Rakete schicken – werden bleiben, genauso wie seine Manipulationsversuche über Social Media und Fake News. Und je länger der Krieg dauert, desto drängender wird sich bei uns die Frage stellen: Worauf arbeiten wir hin? Wie kann das Kriegsziel der Ukraine realistischerweise aussehen? Auch konkret mit unserer Unterstützung? Denn es ist sehr schwer, weiter Unterstützung zu organisieren, wenn „im Nebel des Krieges“ die Wahrheit verschwimmt!

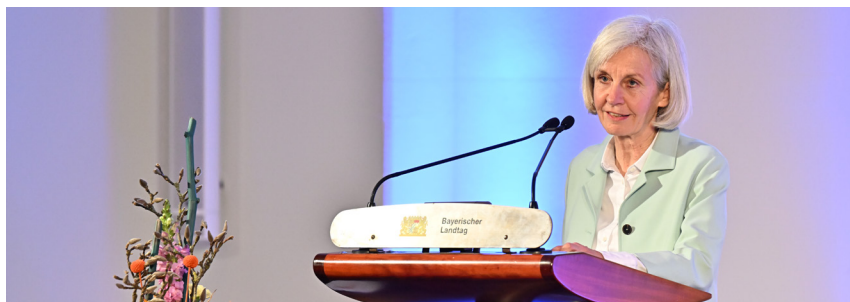
Meine Damen und Herren,
Putin setzt auf den mangelnden Durchhaltewillen in den westlichen Gesellschaften – da bin ich mir sicher. Er als Diktator ist niemandem Rechenschaft schuldig. Und so wird es wohl unsere Aufgabe sein, der Sehnsucht nach Frieden bei uns die Sehnsucht nach einem gerechten Frieden gegenüberzustellen!

Dafür müssen wir kurzfristig und überlegt handeln. Wir müssen mit Weitsicht und strategisch handeln: Was bedeutet es also, Führungsmacht in Europa zu sein? Was womöglich Garantiemacht? Wann sind wir bereit für den Fall, dass die USA mehr Verantwortung in unsere Hände legen? Folgen den großen Worten – die zu Recht gewählt worden sind – auch die großen Würfe? Kurzum: Bestehen wir den Realitätscheck? Das sind nicht irgendwelche Fragen. Das sind existenzielle Fragen!

Und daher freue ich mich, dass wir heute zwei absolute Experten hier haben, die darauf Antworten geben können: Herr Professor Masala, Frau Dr. Puglierin, bringen Sie bitte für uns etwas Ordnung in diese Welt, die in Unordnung geraten ist!

Für mich ist klar, dass die Zeit des Reagierens in der Außen- und Sicherheitspolitik zu Ende gehen muss. Wir brauchen eine Phase des Initiierens, auf Basis unserer Interessen und mit einer eigenen Agenda.

Und da sind wir sehr gespannt auf Ihre Ideen! Vielen herzlichen Dank!



Einführung von Prof. Dr. Ursula Münch **Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing**

Sehr geehrte Frau Präsidentin des Bayerischen Landtags, ganz herzlichen Dank für die freundliche Einladung von uns allen und die Einführung! Wir freuen uns sehr, dass wir endlich mal wieder ein Akademiegespräch im Bayerischen Landtag durchführen können. Ich freue mich, dass Kollege Professor Masala und Frau Dr. Puglierin dieser Einladung des Bayerischen Landtags und der Akademie für Politische Bildung Folge geleistet haben. Und ich freue mich natürlich, dass Sie alle da sind.

Für ein Akademiegespräch im Landtag übernehmen wir sehr selten die Buchtitel eines Referenten, lieber Herr Masala. Aber in dem Fall haben wir eine Ausnahme gemacht. Der Titel des Bandes des Kollegen Masala „Weltunordnung. Die globalen Krisen und die Illusionen des Westens“ trifft leider mit jeder Auflage besser zu und ich muss neidvoll anerkennen, dass er inzwischen deutlich mehr Auflagen als meine Bände hat. Wir warten alle dringend auf den Band mit der neuen Weltordnung. Aber zunächst mal, die Präsidentin hat es angesprochen, geht es um diese neue Unordnung, die ja nicht erst seit jetzt, seit ein paar Jahren, seit dem Überfall Russlands besteht, sich aber natürlich seither deutlich verschärft hat. Ich freue mich sehr – gerade ist der Generalkonsul der Ukraine hereingekommen –, dass Sie da sind. Herzlich willkommen!

Diese Unordnung, die stärker, deutlich stärker geworden ist, ist natürlich aus Sicht der Ukraine selbstverständlich mit dem Wort „Unordnung“ nun wirklich unzutreffend beschrieben. Der Angriffskrieg, dessen Folgen auch bei uns, in Deutschland, in Bayern, spürbar sind, beunruhigt und besorgt uns natürlich alle, nicht zuletzt wegen der Instrumentalisierbarkeit dieser Unordnung und natürlich des Krieges und seiner Folgen durch Populisten und Extremisten.

Zum gesetzlichen Auftrag der Akademie für Politische Bildung, die ihre Existenz bekanntlich dem Bayerischen Landtag verdankt, gehört es, den Blick auf die langen Entwicklungslinien zu werfen, Zusammenhänge sichtbar zu machen und vor allem natürlich die politische Urteilskraft der interessierten Öffentlichkeit und derer zu schulen, die selbst als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren tätig sind. Zum Motto der Akademie gehören – ich bitte alle Vertreter des Bayerischen Rundfunks kurz um Innehalten und Verständnis – natürlich auch Inhalte statt Talkshows. Dieses Motto bedeutet aber nicht – Sie wissen alle, dass ich eine gewisse Affinität zu Talkshows habe –, dass wir einen weiten Bogen um diejenigen Kolleginnen und Kollegen machen, die auch in Talkshows zu sehen und zu hören sind. Ganz im Gegenteil: Ich bin mir sowohl mit Frau Puglierin als auch mit Herrn Masala einig, dass zur Wissenschaft natürlich auch die Bereitschaft und auch die Fähigkeit ihrer Vertreterinnen und Vertreter gehören, sich an öffentlichen Debatten zu beteiligen. Und sich als – nennen wir es öffentliche Intellektuelle – auch zu Wort zu melden.

Was wir aber hier beim Akademiegespräch im Bayerischen Landtag anders als in den Talkshows machen, ist Folgendes: Wir degradieren Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler, die seit Jahrzehnten Strukturenentwicklungen der internationalen Beziehungen analysieren, systematisieren und sich mit den Theorien des Faches auseinandersetzen, nicht zu Militärexperten. Also, wenn noch einmal irgendjemand im Rundfunk Sie, lieber Herr Masala, als Militärexperten vorstellt, schreibe sogar ich mal einen Hörerinnenbrief.

Wir befassen uns – ich bitte dafür um Verständnis – heute Abend auch weder mit den Frontverläufen noch mit Waffensystemen, sondern – die Präsidentin des Bayerischen Landtags hat es angesprochen – wir werfen den Blick auf voraussichtliche künftige Entwicklungen. Wir richten den Blick auch nach vorne, ausgehend von dieser momentanen Katastrophe, und fragen unter anderem nach den Folgen des Überfalls Russlands auf die künftige europäische Sicherheitspolitik. Die Präsidentin hat einige dieser Fragen bereits genannt und wir diskutieren diese nachher.

Ich freue mich, dass Frau Dr. Puglierin vom Berliner Büro des European Council on Foreign Relations sowie mein Kollege von der Universität der Bundeswehr München, Professor Masala, unserer Einladung gefolgt sind. Angaben zu beiden Referenten oder zu Mitdiskutanten finden Sie in der Einladung zum Akademiegespräch.

Nun noch kurz wenige Hinweise: Ich lege Wert darauf, dass ich mit daran schuld bin, dass Herr Professor Masala seit 2007 an der Universität der Bundeswehr tätig ist. Ich war damals nämlich die Vorsitzende der Berufungskommission – das jetzt nur mal am Rande erwähnt. Vielleicht klatschen Sie erst nachher. Wir wissen ja nicht, was er erzählt. Vielleicht denken Sie sich später, ob die Frau Münch wirklich den Richtigen berufen hat. Aber jetzt gehen wir mal davon aus, wir könnten es ja auch nicht mehr rückgängig machen, liebe Frau Präsidentin Kern. Also, was macht Herr Masala? Er ist seit 2007 an der Universität der Bundeswehr. Er war von Anfang an auch in der Politikberatung aktiv. Er berät unter anderem, aber beileibe nicht nur, das Bundesministerium der Verteidigung. Es gibt an der Universität der Bundeswehr das sogenannte Metis Institut für Strategie und Vorausschau, eine Kooperation zwischen dem Ministerium und der Universität, in der im Grunde strategisch relevante Fragen zur aktuellen und künftigen internationalen Politik geklärt werden.

Für diejenigen von Ihnen, die sich nicht täglich im Feld der internationalen Beziehungen tummeln, noch eine ganz kleine Einordnung: Herr Professor Masala rechnet sich selbst als Vertreter der bzw. zur sogenannten realistischen Schule in den internationalen Beziehungen. Das sind diejenigen, die sagen: Hört mit dem Träumen auf! Das werden wir später vertiefen. Später geht es zum Beispiel auch um die Frage, welche Rolle eigentlich die internationalen Institutionen und das internationale Recht spielen können. Da ist die realistische Schule manchmal ein bisschen skeptisch, ob das alles so funktioniert, wie wir uns das wünschen würden.

Frau Dr. Jana Puglierin arbeitet beim European Council on Foreign Relations. Sie ist dort Senior Policy Fellow. Der European Council on Foreign Relations wurde 2007 als pan-europäischer Think Tank gegründet. Das Ziel dieser unabhängigen Organisation ist es, europäische Sichtweisen in nationale politische Diskurse einzubringen und Perspektiven für eine gemeinsame europäische Außenpolitik aufzuzeigen. Hier hört man ein bisschen mehr Optimismus heraus, als der Kollege Masala manchmal so versprüht. Schauen wir mal, ob er das nachher thematisieren kann. Sie beschäftigt sich intensiv mit europäischer Sicherheits- und Außenpolitik, aber natürlich auch mit den transatlantischen Beziehungen. Zuletzt erschien eine Schrift, die genau zum heutigen Abend passt. Wenn Sie hierzu noch etwas nachlesen wollen, verweise ich auf diese Schrift von Frau Dr. Puglierin bei der Bundessicherheitsakademie mit dem Titel „Der strategische Kompass: Ein Fahrplan für die Europäische Union als sicherheitspolitische Akteurin“.

Diejenigen von Ihnen, die das Handelsblatt lesen, kennen vielleicht ihre Kolumne „Goeconomics“ zur geopolitischen Relevanz von wirtschaftspolitischen Fragen.

Bevor ich Herrn Kollegen Masala auf das Podium bitte, möchte ich mich noch mal ganz herzlich bei Ihnen, Frau Präsidentin, und beim gesamten Präsidium des Bayerischen Landtags bedanken, dass wir wieder dieses Akademiegespräch durchführen können. Ich bedanke mich vor allem natürlich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in beiden Häusern, vor allen Dingen auch beim Landtag. Sie richten es hier aus, Sie haben die meiste Arbeit. Ich bedanke mich natürlich auch bei meinen eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und bitte jetzt den Kollegen Masala ans Pult.

Dankeschön.



**Impulsvortrag durch Prof. Dr. Carlo Masala
Universität der Bundeswehr München**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Frau Direktorin Münch,
sehr geehrte Honoratioren!

Ich werde Sie jetzt nicht alle im Einzelnen aufzählen, dann ist meine Zeit vorbei. Sehr geehrte Damen und Herren, es ist mir wirklich eine große Ehre, heute diesen Vortrag vor Ihnen im Rahmen der Akademiegespräche halten zu dürfen. Ich hatte bis vor zwei Minuten keinen Titel für diesen Vortrag, den hat mir Frau Kollegin Münch jetzt geliefert. Ich übertitle ihn und würde ihn auch so abgedruckt in einer Broschüre mit „Hört auf zu träumen!“ wissen. Es passt eigentlich relativ gut.

Als ich die Einladung bekommen habe – ich glaube, Frau Kollegin Münch hatte mich per SMS oder so etwas gefragt, ob ich an dem Termin teilnehmen kann –, habe ich zugesagt. Dann kam irgendwann mal der offizielle Einladungsbrief mit einer ganzen Seite, auf der alles beschrieben ist und ganz am Schluss steht: „Wir würden uns freuen, wenn Sie neben Lech Wałęsa, Hans-Jürgen Papier – und dann kommen noch vier oder fünf Namen – im Rahmen dieser Veranstaltung eine Rede halten würden“. Und jetzt fühle ich mich so ein bisschen wie der sechste Ehemann von Elizabeth Taylor. Ich weiß, was von mir erwartet wird, habe aber keine Ahnung, ob ich diese Erwartungen überhaupt erfüllen kann.

Das Thema „Europa in der neuen Welt(un)ordnung“ ist aus zweierlei Gründen wirklich sehr passend für dieses heutige Akademiegespräch gewählt worden. Denn zum einen haben wir am 24. Februar 2023 den Jahrestag des Angriffs der Russischen Föderation auf die Ukraine erlebt bzw. begangen. Der Ukrainekonflikt hängt insofern mit der neuen Weltordnung zusammen, dass ich argumentieren

würde, der Ukraine Konflikt oder der russische Krieg gegen die Ukraine ist der bisherige Höhepunkt oder möglicherweise – normativ gesehen, hoffe ich es nicht – der Wendepunkt in einer Entwicklung, die wir schon seit 10 oder 15 Jahren beobachten können: Der Kampf um eine neue Weltordnung, der primär zwischen Status-quo-Mächten, das heißt denjenigen Mächten, die die alte seit 1945 sich entwickelte Weltordnung bewahren wollen, und sogenannten revisionistischen Mächten, die diese Weltordnung grundsätzlich verändern wollen, geführt wird. An der Spitze dieser revisionistischen Mächte stehen die Volksrepublik China und die Russische Föderation. Von daher hängt der Ukrainekrieg und sein Verlauf schon sehr eng mit dem, was ich heute vor Ihnen referieren werde, zusammen. Ich werde auf den Ukraine Konflikt oder den russischen Angriffskrieg nicht en détail eingehen, aber diesen Zusammenhang sollten Sie durchaus im Kopf behalten bei dem, was ich Ihnen im Folgenden vortragen und darlegen werde.

Zum anderen ist es perfekt getimt. Denn vor vier Wochen hat der französische Staatspräsident Emmanuel Macron anlässlich seines Besuchs in der Volksrepublik China in einer nur ihm eigenen unnachahmlichen Weise wieder exakt am falschen Ort zur falschen Zeit einiges Richtige gesagt, aber auch ein paar Handgranaten geschmissen. Hierüber wird seitdem sehr aufgeregt diskutiert. Dies hat sehr viel zur Frage der Position Europas in dieser zukünftigen Weltordnung aufgeworfen. Von daher verbinden sich hier zwei Elemente der aktuellen internationalen Politik mit dem Thema, das mir gestellt wurde: Europa in der neuen Weltordnung. Was will ich machen in den mir zur Verfügung stehenden 25 bis 30 Minuten? Ich möchte durchaus holzschnittartig und thesenartig drei Aspekte beleuchten.

Der erste Aspekt ist: Wie sind die Konturen dieser neuen Weltordnung bzw. wie sieht diese neue Weltordnung auf dem Weg zu einer möglicherweise neuen Weltordnung heute aus?

Der zweite Aspekt ist: Wie sieht eigentlich Europa, wie sehen die Europäer die Konturen dieser neuen Weltordnung? Es ist durchaus interessant. Ich meine, man muss sich als Europäer einig sein, in dem, was man da draußen beobachtet, um eine einheitliche Antwort auf die Herausforderungen, die sich stellen, zu geben. Die Frage ist, ob Europa das einheitlich oder nicht einheitlich sieht? Davon hängt im Wesentlichen ab, wie sich Europa in der Zukunft aufstellen wird.

Der dritte Aspekt ist ein normativer Aspekt. Er stellt die Frage, was Europa in dieser neuen Weltordnung tun sollte, welche Ambitionen sollte Europa haben,

wie sollte sich Europa aufstellen, wie sollte Europa sich intern strukturieren, um in dieser neuen Weltordnung möglicherweise eine Rolle zu spielen.

Das ist sozusagen der Dreiklang, den ich Ihnen in den folgenden – jetzt noch verbleibenden 25 – Minuten darlegen werde. Lassen Sie mich mit dem ersten Punkt anfangen. Wie sieht diese neue Weltunordnung aus? Wir sind seit zehn Jahren noch immer in einer Übergangsphase. Die Übergangsphase ist die Phase aus dem Ende der Bipolarität, eingeleitet natürlich durch den Fall der Mauer, durch die Demokratisierung der mittel- und osteuropäischen Staaten, dann durch die Implosion der Sowjetunion, hin zu einer Unipolarität. Die Vereinigten Staaten hatten die alleinige herausragende, überragende Dominanz in diesem internationalen System, die dann – ich sage es jetzt noch mal sozusagen als Referenzpunkte – um 2003, 2004, 2005 mit dem Angriff auf den Irak langsam zu erodieren beginnt. Seitdem befinden wir uns in einer Phase, in der wir in dem Sinne keine stabile internationale Ordnung haben. Wir haben eine Übergangsordnung, in der verschiedene Mächte um eine neue Weltordnung ringen.

Historisch ist das nichts Neues. Das gibt es immer, wenn alte Ordnungen zerbrechen. Dann wird um eine neue Ordnung gerungen, irgendwann gibt es diese neue Ordnung, egal, wie sie aussieht. Relativ neu ist, dass diese Übergangsphase, in der wir leben, auch historisch gesehen, sehr lang ist. Wir kennen seit dem Westfälischen Frieden keinen solch langen Übergang von einer Ordnung zur anderen wie der Übergang zu der jetzigen oder zukünftigen neuen Weltordnung. Wie diese aussieht, ist völlig unklar. Es ist völlig unklar, ob wir in 10, 15 Jahren eine neue Bipolarität zwischen zwei Antagonisten – das sind auf der einen Seite die Vereinigten Staaten und auf der anderen Seite die Volksrepublik China – haben oder ob es den Vereinigten Staaten gelingen wird, im Prinzip deren zwar nicht mehr herausragende Dominanz, aber doch bedeutende Dominanz im internationalen System weiterhin aufrechtzuerhalten. Die Zukunft ist insofern unklar. Aber in diesem ganzen Prozess erleben wir viele Strukturen und Prozesse, die natürlich eine direkte Auswirkung auf uns Europäer, aber auch global haben.

Wir sehen, hier täuscht der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ein bisschen darüber hinweg, eine dauerhafte Verschiebung ökonomischer und machtpolitischer Gravitation nach Asien. Momentan sehen wir als Europäer, dass die Amerikaner, bedingt durch den russischen Angriffskrieg, in einer Art und Weise in Europa wieder präsent sind, wie sie es das letzte Mal 2013, 2014 waren. Es stehen mehr als 100.000 amerikanische Soldatinnen und Soldaten irgendwo in Europa mit massivem Gerät, bedingt durch diesen Angriffskrieg der Russischen Föderation. Dies ist aber dezidiert nicht im amerikanischen Interesse, das muss man ganz

einfach so sagen. Wenn Sie die National Security Strategy der Biden-Administration durchlesen, werden Sie feststellen, dass in Kontinuität zu Trump und zu Obama China die Herausforderung Nummer 1 ist. Das eigentliche Interesse der Vereinigten Staaten ist es, alle ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen auf Asien auszurichten, um den chinesischen Aufstieg zu verlangsamen oder zu verhindern.

Die Präsenz der USA in Europa ist akzeptiert, weil man weiß, dass ohne deren Unterstützung aller Wahrscheinlichkeit nach der Ukrainekrieg zu Ungunsten der Ukraine schon längst beendet wäre. Das sehen die Vereinigten Staaten, aber das Kalkül ist, dass dieser Ukrainekonflikt zum einen natürlich wegen der Ukraine wichtig ist. Zum anderen besteht aber die Befürchtung, wenn sich die Nuklearmacht Russland mit ihrer neoimperialen Ambition, einen anderen Staat zu vernichten und ihn zu besetzen, durchsetzt, liefert das eine Blaupause für die Chinesen mit Blick auf Taiwan. Deshalb muss man das amerikanische Engagement mit Blick auf die Ukraine auch in diesem Zusammenhang sehen.

Aber letzten Endes verschieben sich seit Jahren die ökonomischen und sicherheitspolitischen Gravitationsräume nach Asien. Des Weiteren haben wir es – und das ist für uns Europäer eine ganz große Unbekannte – damit zu tun, dass wir nicht wissen, wer 2024 amerikanischer Präsident wird. Das könnte uns egal sein, denn wir wussten es ja nie. Aber wir konnten ja immer mit den Republikanern oder Demokraten – je nach dem, mal mehr, mal weniger – leben. Nun besteht das durchaus realistische Risiko, dass vielleicht nicht Donald Trump, aber eine Trump-ähnliche Figur amerikanischer Präsident werden könnte. Wenn dann das Gleiche passiert wie unter Donald Trump, dann stehen wir Europäer – und ich zitiere jetzt mal den Inspekteur des Heeres, der das am 24. Februar 2022 mit Blick auf das deutsche Heer gesagt hat, aber ich weite es aus – relativ schnell blank da.

Ich erinnere alle daran, dass Trump auf seiner ersten Reise nach Brüssel einen Satz sagen musste. Diese traditionelle Reise und diese Termine, die jeder amerikanische Präsident zur EU und NATO macht, sind völlig uninteressant, denn hier wird nichts beredet. Das Wichtige beim Termin bei der NATO ist die Pressekonferenz hinterher, in der er auch nur völlig unbedeutende Sachen sagt und eigentlich diesen einen Satz sagen muss: dass die Vereinigten Staaten zu ihren Verpflichtungen, wie sie im Rahmen von Artikel 5, die kollektive Verteidigung der NATO, hinterlegt sind, stehen.

Trump hat diesen Satz nicht gesagt und der Aufschrei war groß. Zwei Tage später hat er anlässlich einer anderen Pressekonferenz diesen Satz dann gesagt. Das

nächste Mal wird es diese zweite Pressekonferenz nicht geben. Und Sie wissen alle, dass Trump am Ende seiner Amtszeit auch die Order gegeben hat, die Präsenz amerikanischer Truppen radikal zu reduzieren. Wir wissen mittlerweile aus der Literatur, dass die Überlegungen, aus der NATO offiziell auszutreten, sehr weit gediehen waren. All das wird uns wieder blühen und aller Wahrscheinlichkeit nach auch umgesetzt werden. Dann sind wir vom einen auf den anderen Tag in Europa nackt. Aber man soll sich nicht darüber hinwegtäuschen. Auch wenn ein demokratischer Präsident gewinnt – deswegen National Security Strategy –, wird er mehr Engagement von den Europäern einfordern. Das steht in der National Security Strategy der Biden-Administration glasklar drin, dass Europa mehr Verantwortung für die Sicherheit und den Wohlstand des eigenen Kontinents übernehmen muss. Das ist eine der Rahmenbedingungen, in denen wir uns in dieser Übergangszeit zwischen zwei Weltordnungen befinden.

Wir erleben – der Begriff gefällt mir selbst nicht, aber mir ist bis heute kein besserer eingefallen – den Anfang einer Art von Deglobalisierung. Diese Deglobalisierung wird natürlich auf die Art und Weise, wie wir wirtschaften, Konsequenzen haben. Nicht nur in Deutschland, auch in Europa und den USA und damit im transatlantischen Raum.

Wir haben die Einsicht bekommen, nicht nur wegen des Angriffskrieges, sondern auch wegen Covid, wie abhängig wir von Lieferketten sind und wie schnell diese Lieferketten so nachhaltig gestört werden können. Das verleitet die amerikanische Politik dazu, den Hauptantagonisten in China zu sehen und die eigene Abhängigkeit von China zu verringern, sodass Prozesse der Deglobalisierung einsetzen. Die Amerikaner sind gerade dabei, ihre Produktionslinien und Lieferkettensysteme sehr stark umzustellen, damit die Abhängigkeit aus Asien enorm verringert wird. Ich könnte jetzt in Details eingehen, dafür fehlt mir aber die Zeit. Das sollten Sie im Kopf haben. Auch wir Europäer sind gerade dabei, hier und in einigen strategischen Bereichen den Versuch zu unternehmen, unabhängiger zu werden. Ursula von der Leyen hat dies „Risikominimierung“ genannt.

Wir können uns vom chinesischen Markt nicht entkoppeln, das würde sofort eine ökonomische Katastrophe nach sich ziehen. Aber wir müssen Risiken minimieren, Ressourcen aufbauen, falls es in Asien zu einem großen militärischen Konflikt käme, und das wäre der Konflikt um Taiwan, um nicht blank dazustehen. Gegenüber der Abhängigkeit, die wir mit China haben, war die Frage und die Substitution des russischen Gases ein Kinderspiel. Das wird uns mit Blick auf China in einer Magnitude treffen, die Sie sich nicht vorstellen können.

Wir sind in diesem Prozess der Deglobalisierung, der auch ein Teil der neuen Weltunordnung ist. Es gibt eine ganze Kategorie von Staaten, die in dieser neuen Übergangszeit an enormer Bedeutung gewinnen werden. Das sind, wie ich sie in Anlehnung an das amerikanische Wahlsystem nenne, die sogenannten Swing States. Das sind Staaten wie Indien, Brasilien, Südafrika, Indonesien und Nigeria, um nur einige zu nennen, die jetzt während dieser Auseinandersetzung, durch die wir gehen, keine Position beziehen. Die sozusagen aus verschiedenen Gründen auf dem Zaun sitzen und schauen, wie das ausgeht, wo sie sich am Schluss hinlehnen und wer der Gewinner in dieser Auseinandersetzung sein wird.

Diese Staaten gilt es, in Partnerschaften einzubinden, weil sie entscheidend dafür sein werden, wie die Zukunft des internationalen Systems aussehen wird. Wenn diese Staaten sich dauerhaft um den Block Peking-Moskau scharen, wird die liberale Weltordnung, wie wir diese seit 1945 kennen, relativ schnell zu Ende sein. Sie werden sich aber nicht dauerhaft um uns scharen, weil sie genau wissen, dass sie momentan sehr begehrt sind. Diese Staaten werden eine entscheidende Rolle dafür spielen, wie die neue Weltordnung in 10 oder 15 Jahren aussehen wird. Das möchte ich noch einmal als These in den Raum stellen. Letzten Endes wird – für uns Deutsche ein besonders großes Problem, aber auch generell ein großes Problem – der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht in der Lage sein, seiner Verantwortung über die nächste Dekade nachzukommen. Es wird wieder so etwas geben, was eigentlich schlimmer sein wird als der Kalte Krieg, weil es im Kalten Krieg wenigstens manchmal noch eine Interessenübereinstimmung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zwischen der Sowjetunion und den USA gab. Das waren meistens Peacekeeping-Fragen, wo beide kein Interesse daran hatten, dass regionale Konflikte eskalieren und eine aktive Politik der USA oder Sowjetunion erforderlich gewesen wäre.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wird über Jahre ausfallen und damit seiner Hauptverantwortung – der Wahrung des Weltfriedens – nicht mehr nachkommen können. Das stellt uns vor die Aufgabe – nicht nur uns Deutsche, sondern generell –, wie wir damit umgehen. Wir Deutsche haben damit ein besonderes Problem, weil wir einen sehr starken Völkerrechtsdogmatismus haben. Das heißt, wenn wir die Bundeswehr irgendwohin schicken, ist sozusagen die Goldrandlösung ein Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Das wird es auf lange Zeit nicht geben. Aber generell wird es genau diese friedenssichernden und friedenserhaltenden Maßnahmen seitens des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen auf lange Zeit nicht geben. Das heißt, hier ist Kreativität gefragt. Wir werden die Blockade des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen nicht auflösen kann. Aber wir müssen sehen, wie man dann letzten Endes noch

handlungsfähig bleiben kann, wenn man völkerrechtlich konform handeln will. Denn nur der Sicherheitsrat, völkerrechtlich konform, kann ein Mandat für militärische Interventionen, sei es Peacekeeping, robustes Peacekeeping oder Peace Enforcement, geben.

Aber die Vereinten Nationen bzw. das gesamte System der Vereinten Nationen mit den Nebenorganisationen werden auf Jahre paralysiert sein und von diesem Konflikt zwischen revisionistischen Staaten und Status-quo-Mächten blockiert werden. Das muss man ganz einfach klar auf dem Schirm haben, weil das für uns Deutsche – aber auch generell – eine besondere Herausforderung sein wird.

Im letzten Punkt, den Frau Münch soeben angesprochen hat, geht es um das Völkerrecht. Damit einher geht natürlich auch die Problematik, dass das Völkerrecht keine Träger hat, die ihm Geltung verschaffen. Das ist jetzt eine besonders spezifische Interpretation des Völkerrechts. Es gibt Völkerrechtler, die jetzt argumentieren würden, das Völkerrecht verschaffe sich Geltung aus sich selbst und wirke aus sich selbst. Ich denke, das Völkerrecht braucht Träger, braucht Staaten, die es durchsetzen können. Das stand natürlich immer im Zusammenhang mit dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Wenn sich die fünf ständigen Vetomächte einig waren, konnte diesem Völkerrecht Geltung verschafft werden. Wenn dies fehlt, stellt sich die Frage, welche Geltung das Völkerrecht für Großmächte im 21. Jahrhundert noch haben wird. Und wir sehen – es tut mir leid, wenn ich das sage –, dass mit 2003 und 2022 Angriffskriege wieder populär werden. Und das ist etwas, das vom Völkerrecht sehr klar verbannt und als illegal gebrandmarkt wird, aber es kommt wieder zurück. Wie werden andere Staaten reagieren? Wir wissen es nicht, aber die Problematik sollte man sich vergegenwärtigen.

Ich komme zum zweiten Punkt: Wie sieht Europa diese neue Weltordnung? Ich glaube, hier muss man zwei Bemerkungen vorausschicken: Die eine ist, dass wir Europäer gerade sicherheitspolitisch – das merken die meisten von Ihnen nicht, außer zwei oder drei der Anwesenden ist auch keiner so alt, dass er sich daran erinnern könnte – auf die Sechzigerjahre zurückgeworfen sind. Seit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki haben Europäer zusammen mit den USA, dann der Sowjetunion und den Warschauer-Pakt-Staaten, ein Vertragssystem geschaffen, dessen einziger Sinn Transparenz, Berechenbarkeit und Stabilität war. Dazu gehörten die Schlussakte von Helsinki sowie Rüstungskontrollverträge verschiedener Art. Den meisten von Ihnen ist sicherlich der INF-Vertrag, der Vertrag über Mittelstreckenraketen, bekannt. Alle diese Verträge existieren nicht mehr. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts war das Prinzip der Helsinki-Schlussakte dann noch mal in Paris bestätigt worden: die Unverletzlichkeit von Grenzen.

Grenzen können sich in Europa verändern, das muss aber friedlich erfolgen. Mit diesem Angriffskrieg ist diesem Grundsatz noch mal der Todesstoß versetzt worden. Man muss lange zurückgehen, bevor man ein Analogon findet: in den Sechzigerjahren mit der Détente, der amerikanischen und dann auch der deutschen Entspannungspolitik. Von diesem Zug in Richtung Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, durch den diese Verträge geschlossen wurden, die dann bis 1989 hielten, haben wir nichts mehr.

Was wird auf uns Europäer zukommen? Ein neuer Kalter Krieg mit der Russischen Föderation, unabhängig davon, wie dieser Krieg gegen die Ukraine ausgehen wird – ein neuer Kalter Krieg gegen die Russische Föderation. Unsere Aufgabe wird es sein, Russland einzudämmen – alte Containment-Politik. Solange – und es geht hier nicht um die Person Putin – in der Russischen Föderation eine politische Klasse die Macht hat, die eine dezidiert neoimperiale Agenda verfolgt, wird es die Aufgabe sein, die Russische Föderation einzudämmen. Das ist analog zu dem, was wir aus dem Kalten Krieg kennen. Das wird auf Europa nach Ende dieses Krieges, unabhängig davon, wie dieser Krieg ausgehen wird, zukommen. Sehen alle Europäer das ähnlich? Jetzt kommt der Punkt: Nein! Sie sehen es nicht ähnlich. Sehr grob gesprochen, kann man sagen, dass es zwei Lager in der Europäischen Union gibt. Es gibt das eine Lager in der Europäischen Union, das eigentlich ganz gerne so schnell wie möglich zurück zur Normalität gehen möchte. Natürlich ist Russland ein Problem, aber man kann Russland nicht dauerhaft isolieren, man muss mit Russland irgendwann wieder in Kontakt treten. Je schneller, desto besser. Das wird von Teilen der Wirtschaft unterstützt, die ihr Geschäft mit der Russischen bzw. in der Russischen Föderation gerne aufnehmen wollen. Und es gibt Staaten, vor allem die mittel- und osteuropäischen Staaten sowie die baltischen Staaten, die sehr klar und sehr dezidiert eine antirussische Position beziehen. Das meine ich nicht negativ antirussisch, sondern hier wird sehr klar und dezidiert die Frage der dauerhaften Eindämmung der Russischen Föderation sehr prominent auf die Agenda gesetzt.

Es gibt einen zweiten Konflikt, weshalb ich auf die Macron-Rede gekommen bin. Der Teil der Macron-Rede, den ich gar nicht so schlimm finde und der in den amerikanischen Medien falsch wiedergegeben worden war, weil man aus dem Französischen ein bisschen falsch übersetzt hat, ist der, in dem er sagt, dass Europa unabhängiger werden muss.

Ich habe gefragt, was wir denn machen, wenn ein Donald Trump wieder gewählt würde? Wir sind in unserer politischen und sicherheitspolitischen Kooperation auf Gedeih und Verderb an die Amerikaner gekoppelt. Wenn die Amerikaner uns

diesen Schutz entziehen würden, stünden wir nackt da. So habe ich Macron verstanden, nicht antiamerikanisch, sondern mit dem Ziel, von dem amerikanischen Schutz unabhängiger zu werden. Andere verstehen ihn antiamerikanisch, das wäre in der Tat eine Katastrophe. Wie sehen das die Mittel- und Osteuropäer? Die sehen das genau andersherum. Für die Mittel- und Osteuropäer sind – unabhängig davon, wer in den USA Präsident wird – die USA die einzige Überlebensgarantie vor russischer Aggression. Sie werden sich in jeglicher Konstellation – entweder über die NATO oder, wenn es die NATO nicht mehr gäbe, auch bilateral – auf diesen Schutz der Vereinigten Staaten stützen und versuchen, die Vereinigten Staaten so stark wie möglich an sich zu binden, und ihnen in ganz vielen Sachen entgegenkommen.

Sehen Sie sich an, wie Polen seine Armee modernisiert. Hier sehen Sie, wie stark das mit Blick auf die Modernisierung der Streitkräfte erfolgt. Aber welche Signale ökonomischer und rüstungstechnologischer Art werden so nach Washington gesendet? Wir können uns momentan in Europa noch nicht mal über die Frage einigen, ob Europa unabhängiger werden soll oder nicht. Selbst wenn der amerikanische Schutz wegfiel, hätten wir grob gesprochen eine Differenz zwischen zwei Gruppen von Staaten. Das muss man ganz einfach so klar sehen.

Macron mit seiner Souvernität spricht natürlich einen wichtigen Punkt an. Aber da muss man ganz einfach sagen: Hier herrscht die Vorstellung, dass wir uns aus den möglichen Konflikten in der internationalen Politik, die vor allem zwischen den USA und China stattfinden werden, raushalten. Und im Sinne einer Bismarckschen Schaukelstuhlpolitik, mal dahin gehen, mal dorthin gehen, so, wie unsere Interessen sind. Wir träumen den Traum der Multipolarität. Das heißt, dass es mehrere Machtzentren in der internationalen Politik geben wird, und Europa wird eines dieser Machtzentren sein. Das ist der Punkt – hier bin ich Kollegin Münch sehr dankbar –, bei dem man einfach sagen muss: Hört auf zu träumen.

Heute ist ein Artikel von zwei amerikanischen Kollegen erschienen, die das machtpolitisch mal alles durchgerechnet haben. Sie sagen, dass es nur zwei starke Mächte in diesem internationalen System gibt: die USA und China. Das sind die zwei 800-Pfund-Gorillas. Alles, was danach kommt, sind die 50-Kilo-Schimpansen. Das heißt, für die Vorstellung, dass Europa als große Wirtschaftsmacht ein sicherheitspolitisches Zentrum in dieser neuen internationalen Politik wird, hat Europa nicht die Macht und wird diese auch nicht zur Verfügung haben. Denn um zum Beispiel militärisch auch nur annähernd in die Nähe der Vereinigten Staaten oder der Chinesen zu kommen, um wirklich als Machtzentrum zu gelten, würde

es viel Geld kosten. Ich bin mir sicher, dass keine einzige europäische Gesellschaft mitginge, egal wie stark sie bedroht wäre. Was dann den Bürgern an Monetärem für Verteidigungshaushalte abverlangt würde, wäre so hoch, dass es der Tod jeglicher Politiker wäre, die das einfordern würden. Von daher ist diese Vorstellung, man würde zu einem eigenständigen Machtzentrum in dieser neuen Multipolarität werden, Wishful Thinking. Das ist Märchen, das ist nicht relativistisch.

Also stellt sich die Frage: Was kann Europa, was ist sozusagen die Rolle und die Aufgabe Europas? Ich glaube schon, dass Europa als Wirtschaftsmacht natürlich global weiterhin Einfluss behalten wird. Wenn wir es schaffen, die Art und Weise, wie wir in der Vergangenheit produziert haben, unter der Bedingung der Deglobalisierung so zu gestalten, dass wir weiterhin dieser große, wirtschaftliche Block sind, dann werden wir in ökonomischen Fragen, in geoökonomischen Fragen und in Welthandelsfragen weiterhin eine der größten Mächte sein. Darin werden wir unzweifelhaft Einfluss haben.

Sicherheitspolitisch gesehen werden wir keinen Einfluss auf die Frage haben, wie sich das Verhältnis zwischen China und den USA gestaltet. Hier muss Europa eine Entscheidung treffen. Die Entscheidung, die Europa treffen muss, kann meines Erachtens nur dergestalt sein, dass wir im Prinzip die Wahrnehmung der USA teilen, dass das Hauptproblem und die Hauptherausforderung der internationalen Politik der nächsten 10, 15, 20 Jahre die Volksrepublik China sein wird, und dass wir daran keinen Zweifel lassen. Dass wir nicht wie ein Staatspräsident Macron nach China gehen, weil wir dort so gut behandelt werden und zu Hause gerade Stress wegen der Rentenreform haben und den Chinesen einfach sagen: Taiwan könnt ihr haben. Das war ein kapitaler Fehler, der hier passiert ist. Wir müssen an der Seite der Vereinigten Staaten stehen. Wir haben aber nicht die Fähigkeiten, dort auch so präsent zu sein oder auch nur annähernd so präsent zu sein wie die Vereinigten Staaten. Das heißt, unsere Aufgabe wird es sein, symbolisch die Vereinigten Staaten in Asien zu unterstützen, jedoch die Hauptverantwortung mit Blick auf die Eindämmung der Russischen Föderation hier in Europa zu übernehmen. Das wird die transatlantische Arbeitsteilung des 21. Jahrhunderts sein.

Wenn Sie mir folgen, dass die Vereinigten Staaten peu á peu ihre Präsenz hier reduzieren und nach Asien verlagern werden, dann kann die Aufgabe der Europäer nur sein, den Versuch zu unternehmen, hier die Hauptlast bei der Abschreckung der Russischen Föderation zu leisten. Und das wäre schon eine verdammt schwierige Aufgabe. Denn das würde erfordern, dass auch Staaten wie Frankreich in der Frage ihrer Nukleardoktrin über ihren eigenen Schatten springen würden und es analog zur erweiterten Abschreckung etwas gäbe, was man erweiterte Abschre-

ckung durch die Franzosen nennen könnte. Aber die Vorstellung, dass Europa annähernd gleichberechtigt mit den USA und der Volksrepublik China große Weltpolitik gestaltet, ist ein Traum, den man träumen kann, der aber nicht Realität würde, weil Europa dafür die Voraussetzungen fehlten.

Europa fehlen ebenfalls die Voraussetzungen in einer ganzen Reihe von anderen Sachen. Ich bin so alt, ich kann mich noch erinnern, dass im Jahr 2000 die Europäische Union eigentlich eine Eingreiftruppe von 60.000 Mann wollte – 60.000! Wer sich mit Militär auskennt, weiß, am Ende sind es dann 180.000, die irgendwie bereit sein müssten. Wo sind wir in Europa heute? Wir diskutieren eine Eingreiftruppe von 5.000 Mann – 5.000! Was ist das Szenario? Evakuierung eines Flughafens, weil das Ding in Kabul so in die Grüte gegangen ist. Ist diese Eingreiftruppe irgendwie in der Diskussion, wenn es jetzt darum geht, die Europäer aus dem Sudan rauszuholen? Nein, ist sie nicht, weil sie nicht existiert und keiner an sie denkt.

Also, Sie sehen, dass die ganze Vorstellung, Europa könne auch eine militärische Macht werden, vielleicht in einem sehr kleinen Rahmen möglich ist, aber sicherlich nicht in einem Rahmen, der dazu beiträgt, militärisch von anderen großen Mächten als ebenbürtig wahrgenommen zu werden.

Wo liegt dann die Zukunft, wenn ich sage: Wir müssen gegenüber der Russischen Föderation die Hauptlast tragen? Die Zukunft liegt in einer immer besser werdenden europäischen Kooperation von Streitkräften. Hier geht die Bundesrepublik Deutschland mit ganz gutem Beispiel voran. Die Verschmelzung bzw. das Aufgehen des niederländischen Heeres mit dem deutschen Heer ist ein Modellprojekt. Es geht nicht darum, eine europäische Armee zu schaffen. Ich sage das jetzt, weil Frau Aigner hier sitzt und das ja ein CSU-dominiertes Haus ist. Wir hatten vor ein paar Monaten mit Herrn Weber zusammengesessen und er sprach noch mal von einer europäischen Armee, wobei ich mir gedacht habe: Oh nein, bitte nicht. Das ist eine Chimäre. Das klingt gut, das klingt bei der Bevölkerung gut, weil niemand weiß, was man sich darunter vorstellen muss. Aber es wird nie funktionieren. Wir werden keine europäische Armee bekommen, nicht in meinem Leben und nicht im Leben meiner Kinder.

Was wir schaffen müssen, ist eine verstärkte, bessere Kooperation europäischer Streitkräfte, weswegen ich soeben im Heeresbereich als Beispiel Deutschland und die Niederlande genannt habe. Es gibt noch andere Beispiele, wo man sagen kann, das ist der richtige Weg. Die Hauptaufgabe Europas, bis sich eine neue Ordnung

in dieser Weltunordnung herauskristalisiert, kann man in ein paar Punkten zusammenfassen, die ich hoffe, herausgearbeitet zu haben.

Wir müssen ökonomische Risikominimierung betreiben und Redundanzen schaffen, um strategisch nicht mehr abhängig zu sein. Hier spreche ich nicht nur von China. Die Pandemie hat gezeigt, wenn in Indien zwei Regionen geschlossen worden wären, dann wären hier in drei Tagen die Antibiotika ausgegangen. Das kann so nicht sein. Das ist einer der wichtigen Punkte, für die wir in Europa sorgen müssen. Wir müssen unsere eigene wirtschaftliche Basis stärken, damit wir überhaupt in diesem globalen Konzert der Mächte, zumindest im Welthandelsbereich, im ökonomischen Bereich, noch eine Stimme haben, die gehört wird.

Wir müssen die Hauptlast mit Blick auf die Eindämmung der Russischen Föderation für die nächste Dekade tragen. Wir müssen in der Interoperabilität unserer Streitkräfte immer besser werden. Wir müssen – das hängt mit der Interoperabilität unserer Streitkräfte und der Stärkung der eigenen wirtschaftlichen Basis zusammen – wieder Ordnungsmacht in unserer näheren Umgebung werden. Wenn Sie sich die jüngsten Entwicklungen auf dem Balkan anschauen – jetzt gibt es das Abkommen zwischen Kosovo und Serbien –, das sind solch hochvolatile Regionen, in denen wir es nicht schaffen würden, als Ordnungsmacht aufzutreten, um die dortigen Konflikte zumindest so einzudämmen, dass sie nicht explodieren.

Wir müssen Ordnungsmacht in unserer eigenen Nachbarschaft – dazu zählen Nordafrika und der Balkan – werden. Denn es wird niemand für uns übernehmen. Man könnte jetzt darüber diskutieren, ob dazu auch der Kaukasus und Zentralasien zählen; denn es gibt einen Punkt, den überschauen die meisten: Diese Regionen sind dabei, in Flammen aufzugehen, weil die Russen als Ordnungsmacht dort fehlen, und es brechen alte Konflikte wieder auf. Das wird uns die nächsten Jahre enorm beschäftigen und unsere Entscheidung wird sein, ob wir es ordnen oder das den Chinesen überlassen. Das ist eine Entscheidung, welche die Europäer treffen müssen. Dazu müssen wir uns aber von einem lieb gewordenen Traum verabschieden, nämlich dass Europa sich als Ganzes immer zusammen weiterentwickelt.

Die Differenzen über zentrale Fragen zwischen verschiedenen europäischen Staaten sind so groß, dass wir sie nicht mit minimalen Formelkompromissen überkleistern sollten; denn dann wäre der Fortschritt zu gering. Wir müssen endlich das, was in den Verträgen angelegt ist, aber bisher nur sehr zurückhaltend praktiziert wird – die Flexibilisierung der Strukturen der Europäischen Integration –, viel stärker vorantreiben.

Was heißt Flexibilisierung? Nicht jeder muss jedes machen. Was uns zusammenhält, ist das Interesse am Binnenmarkt. Hier sind wir alle dabei, das sollten wir einheitlich weiterentwickeln. Aber in jeder anderen Frage ist es notwendig, dass kleinere Gruppen von Staaten, die bereit sind, Dinge zu tun, die andere ablehnen, weiter nach vorne gehen. Und dass Staaten, die auch die Machtmittel haben, weiter nach vorne zu gehen, dies tun können, ohne dass sie durch die Staaten, die kein Interesse daran haben, aufgehalten werden können.

Das ist alles in den Verträgen angelegt. Das wird meines Erachtens viel zu wenig praktiziert und wenn die Vorstellung vorherrscht, dass Europa sich nur als Ganzes in dieser neuen Weltunordnung bzw. in der kommenden Weltordnung weiterentwickeln kann, dann glaube ich, können Sie alles, was ich gesagt habe, was Europa an Aufgaben übernehmen muss, ad acta legen, weil dann überhaupt nichts passieren wird.

Mit diesem optimistischen Schlusssatz bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit!



Diskussion

Prof. Dr. Ursula Münch: Lieber Herr Masala, ganz herzlichen Dank für wie immer sehr gut nachvollziehbare, bestens strukturierte und ausgesprochen pessimistische Einschätzungen. Also, für die Verbreitung von Optimismus werden Sie Gott sei Dank nicht bezahlt, Sie würden verhungern. Frau Puglierin, ich würde gerne zunächst an Sie die Frage richten und ich bitte um Verständnis, dass wir hier heute kein Streitgespräch führen. Vor allem interessiert uns Ihre Sichtweise. Ich erlaube mir jetzt gleich eine ganz große Nachfrage. Herr Kollege Masala hat davon gesprochen, dass es den nächsten Kalten Krieg geben wird bzw. wir schon mitten drin sind. Zunächst mal die Frage an Sie, Frau Puglierin: Welche Rolle spielt eigentlich der Ausgang des Krieges für diese Ausprägung der neuen Weltordnung? Spielt es nur in Anführungszeichen, der Generalkonsul möge es entschuldigen, für die Ukraine eine Rolle, für die Nachbarstaaten Russlands, oder welche Rolle spielt in diesen Perspektiven diese Frage, wie lange dieser Krieg dauern und wie er ausgehen wird. Wie stark beeinflusst das diese künftige Weltordnung bzw. Weltunordnung?

Dr. Jana Puglierin: Vielen Dank. Vielen Dank auch für die Einladung. Wenn Carlo Masala sagt, er fühlt sich wie der sechste Ehemann von Liz Taylor, dann fühle ich mich jetzt hier wie die Backgroundsängerin von Peter Maffay. Ich kann unheimlich viel von dem teilen, was Carlo Masala gesagt hat. Wir kennen uns sehr lange, wir haben teilweise an denselben Instituten unsere akademische Ausbildung erfahren, durch ähnliche Leute, in ähnlichen Netzwerken. Insofern wird das wirklich kein Streitgespräch. Meine Gedanken zu Ihrer Frage: Ich glaube schon, dass es eine entscheidende Bedeutung hat, wie dieser Krieg gegen die Ukraine ausgehen wird. Das, was wir im Zusammenhang mit diesem Krieg gesehen haben, ist ja etwas, was zumindest die temporäre oder – das muss sich allerdings noch zeigen – die dauerhafte Wiedergeburt des alten Westens sein könnte. Wir

haben, anders als Wladimir Putin gedacht hat, eine unheimlich starke Reaktion gesehen. Nicht nur die Amerikaner, nicht nur die Europäer, sondern wirklich eine sehr funktionierende Arbeitsgemeinschaft, angeführt von den USA, getragen von der Biden-Administration, aber mit sehr, sehr viel europäischem Engagement und auch mit sehr viel gegenseitiger Verstärkung. Zum Beispiel die Wirtschaftssanktionen, die von den Europäern eben maßgeblich mitgetragen und ausgehalten werden, und die unheimlich enge Abstimmung. Und all das ist ja sehr positiv und ich glaube, bei allem, was Carlo Massala über die Weltordnung gesagt hat, und bei allen Szenarien über Donald Trump oder einer Trump-ähnlichen Figur im Weißen Haus, auch ein bisschen ein positives Moment. Da zeigt sich schon eine gewisse Wehrhaftigkeit, die noch immer da ist.

Die Frage ist, wie lange wir das aushalten, wie belastbar wir für die Ukraine, für unsere Werte, für die Demokratie, für die Sicherheit in Europa und in der Welt gemeinsam sind und wie lange wir bestehen können. Wenn es eine Lehre des Krieges wäre, dass Donald Trump in das Weiße Haus einziehen und zuallererst über die Köpfe von den Ukrainern, dann aber auch über jene der Europäer einen Deal schließen und dazu noch sagen würde, dass Russland die Ukraine haben könne, dann wäre das für alles, was wir gemeinsam und miteinander in dieser neuen Weltordnung als Westen, als transatlantische Allianz vorhätten, verheerend. Ich bin total bei Carlo, dass ich nicht an den zweiten Gorbatschow glaube, der nur wartet, von uns wachgeküsst zu werden, egal, wie der Krieg ausgeht. Ich bin auch sehr pessimistisch. Ich glaube auch, dass es eine dauerhafte Konfrontation geben wird. Aber die Frage ist, ob wir diese mit Russland führen; denn dies hat – gerade nach den Jahren 2008 und 2014 – die Erkenntnis nach sich gezogen, dass man damit durchkommt. Russland sieht: Es gibt prinzipiell Sanktionen und Widerstand – aber wir haben den längeren Atem und können den Westen aussitzen.

Es gibt ja ein Sprichwort: Der Westen hat die Uhren, wir haben die Zeit. Ich glaube, so ist das momentane Denken im Kreml: Wir haben eine viel größere Widerstandsfähigkeit, wir können das viel länger durchhalten. Wenn die Lehre von Russland aus all dem jetzt wäre, dass sie uns aussitzen können, dass wir uns darüber zerstreiten und dass im Grunde genommen dieser Krieg doch so beendet wird, dass Russland denkt, sie hätten Gelände gewonnen, dann sind einfach die Voraussetzungen, wie wir dieser neuen Weltordnung als Europäer, als transatlantische Allianz oder als Russland begegnen können, entscheidend anders. Deswegen ist es für mich sehr wichtig, dass Russland eben mit dem Versuch scheitert, uns als Bündnis in die Knie zu zwingen.

Prof. Dr. Ursula Münch: Ganz herzlichen Dank. Also Sie sagen, es hängt sehr wohl davon ab und es macht einen großen Unterschied, wie der Krieg ausgeht. Ich darf eine Kommentierung von Ihnen, Frau Puglierin, erwähnen, die Sie in der Presse mit Blick auf diese Macron-Pressekonferenz vorgenommen haben, in der Sie im Grunde auch unterstellt haben, dass er nicht nur innenpolitisch spalte, sondern eben auch Europa. Die Kritik an Macron haben wir bei Herrn Masala vielleicht nicht ganz so massiv gehört, Sie vertreten diese ja schon ganz offensiv und haben eine sehr harsche Einschätzung. Hat er so viel Einfluss, dass es tatsächlich einen Unterschied ausmacht, wie sich der französische Präsident positioniert?

Dr. Jana Puglierin: Wenn man sich die Gegenreaktion in Europa anschaut, dann war die schon mächtig. Der polnische Premierminister Morawiecki, der ja quasi eine Gegenrede zu Macron gehalten hatte und gesagt hat, er möchte hier kein dritter Pol, sondern ein starker Partner werden, war ja gegen Macron gemünzt. Für mich ist Macron in gewisser Weise auch eine tragische Figur. Von dem, was er will, würde ich vieles teilen. Ähnlich wie Carlo Massala gesagt hat, müssen die Europäer in dieser Welt stärker zusammenstehen, handlungsfähiger werden, nicht zum Spielball der großen Mächte werden, sondern ihr Schicksal selbst bestimmen können. Nur so, wie Macron vorgeht, torpediert und konterkariert er eigentlich sein eigenes Ziel. Insbesondere Mittel- und Osteuropa betreffend, hat er eine atemberaubende Fähigkeit, genau den falschen Ton zu treffen. Wir haben das schon mehrfach gesehen. Ich erinnere an die Bemerkung vom Gehirntod der NATO. Das war etwas, was zu dem Zeitpunkt in Mittel- und Osteuropa gar nicht so empfunden wurde. Das war in den Trump-Jahren und zur Wahrheit gehört auch, dass die Präsidentschaft von Donald Trump in dieser Region als gar nicht so verherrend wahrgenommen wurde. Es wird immer gesagt, wenn wir uns angucken, wie viel die Amerikaner eigentlich investiert haben, dass das unter Trump sehr gut war. Es gab ein großes Bekenntnis zur Sicherheit unserer Region und auch die polnische Regierung hat sich auch intellektuell sehr nah an vielen Statements gefühlt.

Ich frage mich, wer ist dieses Europa, über das Macron spricht? Wenn es wirklich das gesamte Europa ist, inklusive Mittel- und Osteuropa, dann hat er wirklich ein Talent, diese Staaten gegen sich aufzubringen. Zum Beispiel durch den „Gehirntod der NATO“ oder auch die Idee des Rapprochement mit Russland, die 2019 auch völlig unabgesprochen mit den Deutschen war. So hatte das ja mal begonnen. Jetzt ist Macron nach China gereist, um China auf unsere Seite zu ziehen. Er hatte das 2019 andersherum schon einmal geplant, in der Annahme, Russland in diesem Großmachtkonflikt auf unsere Seite zu ziehen. Er hatte dafür auch nicht so viele Freunde und ich denke eben, wenn wir nicht über ein karolingisches Eu-

ropa reden, sondern über die Europäische Union, wie sie jetzt besteht oder auch noch nach Osten erweitert wird, dann spricht er einfach wirklich nicht für viel mehr als für Frankreich. Deswegen glaube ich, dass er Frankreich damit keinen Gefallen tut und er Frankreichs Rolle in der Europäischen Union und dem transatlantischen Verhältnis keinen Gefallen getan hat. Die Mittel- und Osteuropäer verfolgen dies, wie Carlo in seinem Vortrag gesagt hat, mit besonderer Aufmerksamkeit, weil sie im Zweifelsfall jedem amerikanischen Präsidenten, und wenn es eine Strohpuppe ist, mehr vertrauen würden, als ihre Sicherheit Frankreich oder Deutschland anzuvertrauen.

Prof. Dr. Ursula Münch: Also Sie beide übertrumpfen sich ja nun im Verbreiten von Optimismus. Bevor ich Herrn Masala nach der NATO frage, noch mal eine Nachfrage zu Macron, Frau Puglierin. Er hat in dieser Pressekonferenz davon gesprochen, dass er die Gefahr für Europa sehe, in Krisen hineingezogen zu werden, die nicht die unseren sind. Dann stellt man sich als unbedarfte Innenpolitikerin oder Politikwissenschaftlerin, die sich mit Innenpolitik beschäftigt, die Frage, welche Krisen das sind, die nicht die unseren sind? Wie muss man das interpretieren? Gibt es europäische Krisen und amerikanische Krisen oder wie muss ich das interpretieren?

Dr. Jana Puglierin: Macron hat das vor allem mit Blick auf Taiwan gesagt, wo er im Prinzip gesagt hat: Die Amerikaner zündeln und die Chinesen reagieren und wir dürfen uns da nicht reinziehen lassen. Das fand ich in der Beschreibung des Zustandes sehr unglücklich. Bei Macron merke ich immer, dass ich mit mir selbst ringe und streite. Denn auch daran ist ja ein wahrer Kern, dass zum Beispiel Europa, wenn es um China geht, nicht unbedingt 1:1 absolut identisch die amerikanischen Interessen hat. Wir haben eine andere strategische Grundvoraussetzung. Ein Gedankenexperiment: Wenn China eine Demokratie wie die Vereinigten Staaten wäre, aufstreben würde und Vorherrschaft wie die Vereinigten Staaten hätte, hätten wir als Europäer damit meines Erachtens ideologisch prinzipiell weniger ein Problem, als wir es jetzt haben.

Bei den Amerikanern aber geht es auch um globale Vormacht, wer die Nummer 1 ist, welches das mächtigste Land der Welt ist, wer die größte Einflusszone hat. Das ist anders als unser Verhältnis zu China. Unser Problem beginnt aber sehr wohl dort, wenn es um das Verteidigen von Demokratie geht, zum Beispiel in Taiwan, wenn es um unsere Werte geht und wenn es um systemische Rivalität geht. Es ist aber dennoch ein anderer Ansatz und ich finde, es ist schon wichtig darüber nachzudenken, wie die Europäer sich in dem Konflikt Taiwan aufstellen würden. Darüber gibt es in der Europäischen Union auch keine Einigkeit, das wird auch nicht

so offen diskutiert. Insofern finde ich schon, dass die Europäer sich die Karten legen, sich darauf vorbereiten und das ausdiskutieren müssten. Natürlich sind die Europäer in diesem Konflikt nicht neutral und werden auch nicht reingezogen. Wenn heute über Taiwan eine Blockade auch nur entstehen würde, wären unsere Wirtschaft, Lieferketten und Halbleiterproduktionen unmittelbar betroffen. Es gab ja dieses schöne Bild: Russland ist der Sturm, China ist der Klimawandel. Da ist sehr, sehr viel dran. Deswegen haben wir als Europäer natürlich ein Interesse. Wir sind ja keine dritte unbeteiligte Macht, die irgendwie reingezogen wird. Wir stehen in diesem Konflikt auf der Seite der USA. Wenn wir uns zum Beispiel die Werte anschauen, haben wir sehr viel mehr damit gemein. Die Idee einer europäischen Chinapolitik muss man durchdenken. Aber ich finde, wir haben auf dieser Reise eigentlich ein gutes Beispiel und einen guten Ansatz gesehen, nicht durch Macron verkörpert, sondern durch Ursula von der Leyen, die eigentlich in ihrem Auftritt eine Politik vertreten hat, die europäisch ist, die auch transatlantisch kompatibel ist, aber die nicht 1:1 den Sprechzettel der Amerikaner übernimmt. Sie versucht, einen europäischen Weg zu gehen, und ich finde, dass man darüber sehr wohl nachdenken muss, wie ein europäischer Weg aussehen könnte.

Prof. Dr. Ursula Münch: Ganz herzlichen Dank! Ich bedanke mich auch explizit für Ihre Einschätzung, dass und weshalb Amerikaner und Europäer einen völlig unterschiedlichen Blick auf China haben. Ihre Begründung war sehr informativ. Herr Masala, bevor Sie an die Universität der Bundeswehr kamen, waren Sie am NATO Defense College in Rom als Forscher tätig. Das Stichwort NATO: Sie haben eine beiläufige Bemerkung in Ihrem Vortrag gemacht, wobei es mir dann ganz kalt den Rücken runtergelaufen war. Ungefähr so: „Wenn es die NATO dann noch gibt.“

Prof. Dr. Carlo Masala: Ja.

Prof. Dr. Ursula Münch: Das fand ich ehrlich gesagt ein bisschen irritierend, um nicht zu sagen beängstigend. Worauf hat sich das bezogen oder welche Konstellation ist denkbar? Bezieht sich das auf die amerikanische Innenpolitik, auf Präsidentschaftswahlen oder wie kommen Sie zu dieser doch eher pessimistischen oder noch pessimistischeren Perspektive?

Prof. Dr. Carlo Masala: Wir wissen aus der ersten Trump-Administration, dass Trump im dritten Jahr aus der NATO ausscheiden wollte. Wir können nicht ausschließen, dass das genau so wieder werden könnte. Außerhalb der Ost- und Westküsteneliten hat für einen Großteil der Amerikaner die NATO keinen Wert mehr an sich. Das ist ein Verteidigungsbündnis, das dazu da ist, irgendwas in

Europa zu tun, was letzten Endes aus der Perspektive der USA „mission accomplished“ ist. Klar, jetzt haben wir das mit den Russen, aber letzten Endes „mission accomplished“. Also, der große Gegner ist niedrigerungen und aus der amerikanischen Perspektive – ich sage ja nicht, dass das Realität ist, aber so wird es wahrgenommen – zahlen sie einfach viel, investieren hier unheimlich viel rein und bekommen nichts heraus. Auch haben demokratische Präsidenten immer versucht, die NATO sozusagen global zu bekommen, weil sie genau das gesagt haben. Wozu investieren wir so viel in diese Allianz, wenn letzten Endes das, was die Allianz macht, für uns keinen Return on Investment gibt? Wir sind dafür da, irgendwie die Europäer zu schützen, aber wenn unsere Interessen in Asien oder anderswo verfolgt werden, will die NATO mit uns nicht mitgehen. Deshalb ist das nicht auszuschließen, falls ein Trump oder eine Trump-ähnliche Figur das finalisiert, was Trump nicht gelungen ist. Denn der große Unterschied zwischen der letzten Trump-Administration und einer vielleicht nächsten Trump-Administration wäre, dass wir das Glück hatten – das muss man jetzt einfach sagen –, dass unter Trump in den ersten drei Jahren Leute im Auswärtigen Amt und im Verteidigungsministerium waren, die die Befehle entgegengenommen haben, aber letzten Endes alles dafür getan haben, um diese in der aktuellen Politik zu konterkarieren. Irgendwann waren sie alle weg. Im letzten Jahr hatte Trump nur willfähige Lakaien um sich. Und ich glaube, wenn er noch mal an die Regierung käme, wären von Anfang an diese willfähigen Lakaien im Amt und dann gäbe es keine Leute, die ihm gegenüber sagen würden: Alles klar, mache ich, und dann alles dafür tun würden, damit diese Politik nicht wirklich umgesetzt werden kann.

Dr. Jana Puglierin: Ich möchte noch mal die Brücke zu China schlagen, weil ich denke, dass unsere Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten im sicherheitspolitischen Bereich eben nicht kostenlos ist, sondern zunehmend einen Preis haben wird. Bei den Amerikanern und auch im amerikanischen Wahlkampf besteht das Bild, dass die Europäer sich ihre massiven Wohlfahrtsstaaten leisten und Trittbrett auf unsere Kosten fahren. Damit kann man in den USA sehr gut Wahlkampf betreiben. Das passiert jetzt auch schon wieder im republikanischen Lager gegen Deutschland: Zeitenwende ginge nicht schnell genug, zwei Prozent werden nicht erfüllt und so weiter. Das heißt, die Erwartungshaltung der Amerikaner ist, etwas zurückzubekommen. Ich glaube, dass dieses Zurückbekommen eben zunehmend auch tatsächlich mit Blick auf China erfolgt. Die amerikanische Außenpolitik, auch unter Joe Biden, mit der Idee, eine Außenpolitik für die Mittelklasse zu machen, ist im Grunde genommen die Idee, dass Außen- und Innenpolitik nicht mehr trennbar sind, die Außenpolitik auch Arbeitsplätze in den USA sicherstellen muss und dass die USA bei ihrer Neuaufstellung sehr viel protektionistischer geworden sind, Arbeitsplätze zurückzuholen. Wir sehen das mit der Inflation

Reduction Act oder mit dem Chips Act, wodurch es Subventionen für „Made in America“ gibt, was aber zulasten der Europäer geht. Hier sieht man eben, dass wir in Deutschland sehr lange gedacht haben, man könnte das in Silos stecken. Wir haben unsere Sicherheitspartnerschaft mit den Vereinigten Staaten und unser Wirtschaftsmodell. Das wird zunehmend schwieriger werden, weil sozusagen die Erwartungshaltung immer höher sein wird. Wir erkennen das schon jetzt bei einem Abkommen zwischen den Niederlanden, Japan und den USA über die Limitierung für den Export von Halbleitern, insbesondere nach China, wohin die Spitzentechnologie der Niederlande nicht mehr exportiert werden kann. Das ist ein gemeinsames Abkommen, man hat sich gemeinsam darauf geeinigt. Aber solche Hinweise, wie zum Beispiel Huawei im 5G-Netz zu verbauen, wo wir aus eigenem Antrieb viel Grund haben, das nicht zu wollen; da schauen die Amerikaner aber genau hin, was da passiert.

Noch mal zurück zu unserer eigenen China-Politik: Wir müssen uns darüber bewusst sein – nicht so sehr militärisch, es wird nicht erwartet, dass wir jetzt militärisch im Indopazifik präsent sind –, wenn es um die wirtschaftliche Unterstützung der Vereinigten Staaten geht, welchen Handel wir mit China betreiben möchten, aber auch die Produkte „Made in America“, dass wir da als Europäer in eine sehr schwierige Situation geraten könnten und bereits teilweise sind.

Prof. Dr. Carlo Masala: Darf ich ganz kurz etwas einwerfen? Wenn das so weiterläuft wie bisher, läuft das alles darauf hinaus, dass wir im Prinzip eine Lastenteilungsdebatte über Asien bekommen, die wir als Lastenteilungsdebatte im Kalten Krieg kannten, bei der die Amerikaner jetzt behaupten, ihr fahrt die wirtschaftlichen Gewinne ein und wir bereiten die Sicherheit, damit ihr das überhaupt machen könnt. Deswegen müsst ihr euch mehr an der Sicherheit beteiligen. Das wird symbolisch sein, weil wir nicht einfach die Fähigkeiten haben, außer die Franzosen und die Briten wegen deren ehemaligen Kolonien, permanent präsent zu sein. Aber der Deal wird sein, dass wir in Europa sicherheitspolitisch dann einfach mehr machen müssen.

Prof. Dr. Ursula Münch: Vielen Dank. Nun erlaube ich mir – dann kommt aber noch die Möglichkeit, Fragen aus dem Publikum zu stellen – noch mal eine Nachfrage: Frau Puglierin, Sie haben soeben über die amerikanischen Perspektiven hinsichtlich der Wirtschaftsbeziehungen zu China gesprochen. Die Akademie für Politische Bildung hatte diese Woche am Dienstagabend eine Kooperationsveranstaltung, die in den Räumlichkeiten der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern stattgefunden hat. Hier ging es unter anderem auch um die Themen Außenpolitik und natürlich vor allem um die Beziehungen zu China und

die Außenwirtschaftspolitik. Es gab großes Entsetzen über eine deutsche Bundesaußenministerin, die in China als die größte Besserwisserin der Nation auftreten würde und die den Chinesen lauter schreckliche Sachen sagen würde mit dem Resultat, dass deutsche Unternehmen keine schöne Unternehmenspolitik mehr betreiben könnten, sodass womöglich Absatzmärkte gefährdet seien. Hier kam große Kritik. Wie gehen wir damit um? Es gibt die Erwartungen der Amerikaner – der amerikanische Generalkonsul war auch da und der bayerische Ministerpräsident hat gelegentlich versucht, ihn entsprechend einzubeziehen. Aber hier gab es doch einen ganz offensichtlichen Dissens und die Perspektive der Notwendigkeit, bundesdeutsche Außenpolitik natürlich mit wirtschaftlichen Interessen zu verbinden. Zunächst an Sie die Frage, natürlich dann auch an Herrn Masala.

Dr. Jana Puglierin: Also, ich spreche hier ja nicht für Annalena Baerbock, aber ich könnte mir vorstellen, dass der Satz „Wir müssen Interessen und Werte zusammendenken und können nicht nur eine wertegeleitete Außenpolitik machen“ eigentlich kein Gegensatz ist. Ich glaube, das würde die Außenministerin so auch sagen. Ich finde auch, wenn man sich tatsächlich mal jenseits der Rhetorik anschaut, was Scholz sagt und was Baerbock sagt, dann gibt es da doch sehr viele Gemeinsamkeiten. Ich verstehe die unterschiedliche Rhetorik und dass unterschiedliche Akzente gesetzt werden sehr deutlich, aber ich glaube, dass diese Bundesregierung – und man muss in den Koalitionsvertrag gucken und auch schauen, wo Scholz noch überall hingereist ist – erkannt hat, dass wir eine China-Politik brauchen und dass der Merkelsche Ansatz, der merkantilistische Merkel-Ansatz sich nicht mehr länger trägt.

Wer das zuallerst erkannt hat, ist eigentlich die deutsche Industrie, weil der BDI 2019 einen sehr deutlichen Anstoß für ein Umdenken mit Blick auf China gegeben hat. Es gab 2019 ein Papier, in dem der BDI quasi diesen Dreiklang Partner – Wettbewerber – Rivale aufgenommen hat, was dann ja auch mehr und mehr in den Mainstream gegangen ist und von der EU jetzt auch so übernommen wurde. Wenn Sie ein kleines oder mittelständisches Unternehmen in China sind, dann ist es sehr wahrscheinlich, dass Sie in den letzten Jahren gemerkt haben, dass Ihr Korridor immer enger wird und dass Ihr China-Geschäft immer schwieriger geworden ist. Ich glaube, gerade im BDI gibt es zwei Camps. Es gibt die großen deutschen Unternehmen wie BASF, Volkswagen, Daimler, die eben einen Hauptteil des China-Geschäfts ausmachen. Letztes Jahr wurden mehr Direktinvestitionen in China getätigt als jemals zuvor und dafür sind die großen Unternehmen zuständig. Gleichzeitig gibt es aber gerade auch in der Industrie wirklich ein Umdenken. Ich glaube, dass das auch Einzug in die Politik gefunden hat und auch in das Denken von Olaf Scholz. Ein gutes Beispiel dafür ist, dass er als Erstes

nach Japan gereist ist und nicht nach China, um damit mehr als ein symbolisches Zeichen zu setzen. Scholz würde sagen, er wolle weder die Deglobalisierung noch die Endglobalisierung aktiv vorantreiben, aber wir müssen ein größeres Bewusstsein für Risiken haben. Ich glaube, dass im Auswärtigen Amt eine größere Dringlichkeit herrscht und das Gefühl, dass wir nicht mehr so viel Zeit haben, dass wir das schneller und radikaler reduzieren müssen. Im Kanzleramt herrscht eher der Eindruck, durch den Verlust billiger Energie aus Russland schon sehr viel zu kompensieren zu haben und dass wir das langsamer angehen müssen. Aber der Gedanke, dass eine Überabhängigkeit von China nicht nachhaltig ist, hat aus Interessenüberlegung und nicht aus Werteüberlegung Einzug in die deutsche Politik gefunden.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel, bei dem mir die Abhängigkeit persönlich große Sorgen bereitet. Das ist eigentlich im Bereich erneuerbarer Energien. Deutschland und die Europäische Union haben sehr ambitionierte Klimaziele und möchten aus den fossilen Energien raus. Sie müssen Unmengen in Solarenergie und in Windkraft investieren. Wenn man sich ansieht, wo die Technologie herkommt, wo die Rohmaterialien dafür herkommen, aber auch die weiterverarbeiteten Materialien, dann haben wir in manchen Bereichen gerade bei Wind, also Turbinen, oder Batterien für Elektroautos eine Abhängigkeit von China, die zwischen 90 und 98 Prozent liegt, wenn es um Wafer-Produktion geht, die in der Region Xinjiang hergestellt wird. Das ist kaum beleuchtet, aber das ist im Prinzip das Rezept in eine Abhängigkeit, wie wir es in Russland gesehen haben. Darüber zu sprechen, das zu reduzieren, „Derisking“ wie Ursula von der Leyen sagt, eint Annalena Baerbock und Olaf Scholz. Die Erkenntnis, dass das so nicht nachhaltig ist, und diese Diversifizierung wird wahnsinnig schwer, aber ist meines Erachtens dringend notwendig.

Prof. Dr. Ursula Münch: Vielen Dank. Herr Masala, ich habe Sie vorhin als Vertreter der realistischen Schule vorgestellt. Passt eigentlich wertebezogene oder wertegebundene Außenpolitik? Welche Rolle spielt sie in der realistischen Schule der internationalen Beziehungen?

Prof. Dr. Carlo Masala: Es ist kein Widerspruch. Das ist der Punkt, den die meisten Leute nicht sehen. Wenn man genug Macht hat, kann man seinen Werten Geltung verschaffen. Das ist ein klassisch-realistischer Ansatz. Es gibt Interessen, die gehen aus Werten hervor, das muss man auch sagen. Deswegen ist dieser künstlich geschaffene Gegensatz zwischen Werten und Interessen akademisch und praktisch gesehen kompletter Unsinn. Man muss genau hinsehen, worüber man redet. Aber das ist nichts, was sich gegenseitig ausschließt.

Prof. Dr. Ursula Münch: Nun sind wir bei der Verständlichkeit und jetzt ist das Publikum an der Reihe. Wir lassen zwei bis drei Fragen zu und bündeln diese. Ich sehe hier vorne Herrn Abgeordneten Henkel und ich sehe den früheren Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, Herrn Maget. Hinten sehe ich auch noch eine Wortmeldung. Ich darf Sie jeweils um eine kurze Fragestellung bitten, damit wir für die Antworten Zeit haben. Bitte.

Uli Henkel: Herzlichen Dank. Herr Dr. Masala, ich habe eine Frage, weil ich im Kopf Ihr Bild von den Gorillas und den Schimpansen habe. Warum hat nach dem Ende des Kalten Krieges in den Neunzigerjahren der 800-Kilo-Gorilla USA sehend, dass der 800-Kilo-Gorilla China bald auf 900 oder 1.000 Kilo geht, sich nicht der Hilfe der Schimpansen in Europa und in Russland bedient, um so einen Gegenpol aufzubauen? Es wäre ja auch eine Möglichkeit gewesen, statt erneut den Kampf gegen Russland anzufangen, Russland mit einzubinden, Europa mit einzubinden und damit ein klares starkes Signal gegen China zu senden.

Prof. Dr. Ursula Münch: Vielen Dank, dass Sie uns mit solchen Bildern das Nachdenken und die Vorstellungskraft erleichtern. Nehmen wir bitte noch Herrn Vizepräsident Maget mit dazu und dann sammeln wir.

Franz Josef Maget: Wenn ich aufstehe, rede ich deswegen nicht länger, sondern nur aus Höflichkeit, mit einem großen Dankeschön für die verständliche Sprache, die Sie gewählt haben. Es tut immer gut, wenn man versteht, was Wissenschaftler sagen wollen. Ich möchte den interessanten Ansatz der Swing States für die künftige Weltordnung noch mal kurz ansprechen, die jetzt zuschauen und abwarten. Ich würde die Reihe von Brasilien, Indien und Zentralasien gerne um die arabische Welt, den Nahen Osten und den Iran erweitern. Hier ist es China offensichtlich gelungen, beachtliche diplomatische Erfolge zu erzielen: Sie bringen Saudi-Arabien und den Iran an den Tisch. Damit hat eigentlich niemand gerechnet, die Amerikaner am wenigsten. Sie könnten vielleicht Frieden im Jemen vermitteln, was alle anderen nicht geschafft haben, und bieten sich jetzt als Vermittler zwischen Israel und Palästina an. Bedeutet das, dass China in dieser Region im Augenblick tatsächlich mehr Einfluss als die Vereinigten Staaten hat? Was heißt das für Deutschland? Eigentlich ist das doch unsere Nachbarschaft, um die wir uns aber nicht gekümmert haben. Und wenn man über wirtschaftliche Zusammenhänge und neue Lieferketten und Nearshoring spricht, fände ich die arabische Welt eigentlich das Naheliegendste wegen der erneuerbaren Energien und all das.

Prof. Dr. Ursula Münch: Ich darf die Gorilla- und Schimpansenfrage an Sie weitergeben, Herr Masala, und die Frage nach den Einflussgebieten und den Swing States an Sie, Frau Puglierin.

Prof. Dr. Carlo Masala: Gorillas und Schimpansen. Die Amerikaner hatten ja damals eine andere Idee, die nicht unähnlich der Idee war, die wir in der Bundesrepublik die letzten 20 Jahre mit Blick auf Russland praktiziert haben. Die amerikanische Idee vor allen Dingen unter Clinton war: Wir können diesen Aufstieg letzten Endes nicht behindern oder verhindern, also binden wir die Chinesen in die existierenden Strukturen so tief ein, weil wir glauben, sie werden dadurch sozialisiert. Bis man dann feststellte, die Chinesen haben sozusagen das Maximum aus dieser Einbindung herausgeholt: Also, Welthandelsorganisation. Das war ja damals politisch getrieben, dass die Chinesen Mitglied der Welthandelsorganisation werden. Bis man herausbekommen hat, dass die Chinesen die Strukturen maximal ausnutzen, sich aber nicht sozialisieren lassen. Dann kam plötzlich der Wandel. Da war es aber mit Blick zum Beispiel auf Russland bereits zu spät. Da war Russland schon auf dem Weg zu einer Autokratie. Da war schon Jelzin mit der Formel vom „nahen Ausland“ und der Schutz der Auslandsrussen und diese ganzen Geschichten. Da war Russland schon aus dem Spiel draußen. Es ist ja versucht worden, die Europäer einzubinden, die sich natürlich beständig geweigert haben, weil die Europäer im Zuge der Öffnung des chinesischen Marktes natürlich massiv reingegangen sind. Das sehen wir ja in der deutschen Automobilindustrie. Ohne den chinesischen Markt wären vermutlich morgen in Stuttgart 300.000 Arbeitsplätze gefährdet. Deswegen haben sich die Europäer diesem Balancing, das man dann versucht hat, nie angeschlossen. Aber die ursprüngliche Idee war: Je enger wir sie ranholen, desto mehr werden die sich verändern. Dann ist es auch okay, dann können die immer stärker werden. Das haben wir ja auch so ein bisschen bei Russland gedacht: Je mehr wir Abhängigkeiten schaffen, desto mehr werden die sich verändern. Ist schlecht ausgegangen.

Dr. Jana Puglierin: Sie haben recht. In gewisser Weise übernimmt China eine Rolle, die früher auch die Vereinigten Staaten oft übernommen haben. Also, diese vermittelnde Rolle zwischen konfligierenden Mächten. Zum Beispiel jetzt im Nahost-Konflikt mit dem Iran und Saudi-Arabien. Ich finde, es ist aber noch zu früh, hier zu einem Schluss zu kommen und zu sehen, wie erfolgreich das sein könnte. Genauso wie ich es gut finden würde, wenn Präsident Xi den Telefonhörer mal in die Hand nehmen und Selenskyj anrufen würde, könnten wir das erst mal per se begrüßen, uns vielleicht ein bisschen zurücklehnen und schauen, wie sich das entspinnt. Ich finde, bei all dem darf man vielleicht nicht ganz vergessen, dass die Chinesen ja schon die internationale Ordnung, die jetzt im Entstehen ist,

nach ihren Vorstellungen prägen wollen und auch die Institutionen, insbesondere auch das VN-System, seit Jahren massiv dazu benutzen, das nach ihren Vorstellungen umzubauen, strategische Konzepte mit ihren Worten neu zu definieren und dafür Alliierte zu finden. Mit Blick auf den Iran zum Beispiel ist das nicht nur von Friedensgedanken getrieben, sondern mit dem Iran gibt es auch ein sehr großes Interesse, insbesondere im Verteidigungsbereich zu kooperieren und sich auszutauschen. Gerade mit Russland oder dem Iran, also Ländern, die auch Kriegsführungserfahrung aus neuerer Zeit haben. Mit den Russen gab es schon gemeinsame Manöver.

Ich glaube, nicht nur der Weltfrieden ist das Ziel. Grundsätzlich finde ich, können wir erst mal bei diesen Bemühungen abwarten. Ich glaube, es gibt auch eine große Ernüchterung mit China. Jedenfalls erlebe ich das immer, insbesondere wenn ich mit afrikanischen Ländern spreche. Da gibt es zwar auf der einen Seite diesen berühmten Spruch: Von den Chinesen kriegen wir den Flughafen, von den Europäern und den Amerikanern immer nur Lektionen und Belehrungen. Dass das alles nicht so rosig ist, hat sich auch schon durchgesetzt. Hier wäre mein letzter Punkt: Carlo Masala hatte am Ende gefragt, welche Rolle die Europäer überhaupt noch spielen können? Ich glaube, dass wir mit diesen Swing States zum Beispiel in Mittel- und Südamerika teilweise eine bessere Grundlage haben, Angebote zu machen, als zum Beispiel die Vereinigten Staaten oder auch China. Ich glaube, dass wir hier, wenn wir es denn mal schaffen würden zum Beispiel diese Global-Gateway-Initiative voranzubringen, tatsächlich ein geschätzter und gesuchter Partner wären. Wir müssen es nur richtig spielen. Aber wir haben regional einen Vorteil, weil wir eben nicht die Lasten, die auch mit den Vereinigten Staaten verbunden sind, als Europäer mitbringen.

Prof. Dr. Carlo Masala: Ich will noch einen Satz zu China im Persischen Golf und im Mittleren und Nahen Osten sagen: Es ist faszinierend zu sehen, dass letzten Endes der Aufstieg Chinas zur Großmacht wirklich nach einem Drehbuch verläuft. Sie konzentrieren sich zuerst auf ihre wirtschaftliche Entwicklung, ab einem gewissen Moment werden die Überschüsse in die militärische Entwicklung investiert. Was China bisher überhaupt nicht gemacht hat, bis auf eine einzige Ausnahme vor acht oder neun Jahren im Sudan, war, als politischer Akteur aufzutreten. Jetzt teile ich, was Jana sagt: Lasst uns mal schauen, wie weit sie kommen. Aber das Interessante ist, dass sie plötzlich als politischer Akteur auftreten, was sie vorher nie gemacht haben. Wie gesagt, ist die einzige Ausnahme der Sudan. Weil dort deren eigene Ölfelder plötzlich durch Rebellen bedroht waren, wurde ein Waffenstillstand vermittelt.

Aber ansonsten haben sie sich ja immer, gemäß auch ihrer eigenen Ideologie – Nichteinmischung in die Souveränität von anderen –, aus allem rausgehalten. Jetzt plötzlich treten sie als politisch vermittelnder Akteur auf. Dritte Stufe des Weges zur Supermacht.

Prof. Dr. Ursula Münch: Ich habe Ihre Wortmeldung gesehen, Frau Franke. Wir nehmen drei Wortmeldungen zusammen. Wenn Sie bitte aufstehen und sich ganz kurz vorstellen könnten. Dankeschön.

Alexander Niebler: Guten Abend. Mein Name ist Alexander Niebler, ich studiere Deutsches und Französisches Recht in München und Paris. Ich bin ausgebildeter Heeresoffizier. Meine Frage ist, was wir heute noch nicht hinreichend besprochen haben: Was ist denn die deutsche Rolle bei diesen von Ihnen, Herr Professor Masala, skizzierten europäischen Interessenskonflikten, insbesondere in Hinsicht auf das deutsche Verhalten nach der Sorbonne-Rede 2017, nach dem Angebot von Macron, den Nuklearschutzschirm auch unter deutscher Beteiligung auf Europa auszubauen, und auch hinsichtlich der versprochenen zwei Prozent des BIPs plus 100 Milliarden zu den tatsächlich erreichten 1,6 Prozent im Jahr 2023 der deutschen Bundesregierung. Was ist hier unsere Rolle? Vielen Dank.

Prof. Dr. Ursula Münch: Vielen Dank, Herr Niebler. Wir sammeln bitte und haben jetzt noch eine Wortmeldung. Wenn Sie sich bitte noch mal melden. Dankeschön.

Annika Schmitz: Guten Tag. Ich bin Annika Schmitz, ich studiere Mathematische Physik in Würzburg. Wir haben heute Abend sehr viel, sehr Spannendes über geostrategische Zusammenhänge, Politik und Sicherheitspolitik gehört. Aber der Grund, warum das alles hier interessant ist, ist ja, dass Menschen dahinterstehen, dass in der Ukraine tatsächlich Menschen leiden und sterben, dass in Russland und China Menschen unterdrückt werden und dass wir in Europa in unserer Identität, in unserem Selbstverständnis sehr stark erschüttert, zum Beispiel durch diesen Krieg, und auch als Gesellschaft stark verunsichert wurden. Deshalb ist meine Frage: Wo bleibt in dieser ganzen strategischen Denkweise, in diesen ganzen Diskussionen der Platz für die Menschen, um die es hier eigentlich geht?

Prof. Dr. Ursula Münch: Vielen Dank für die Frage, selbstverständlich ein ganz wichtiger Aspekt. Jetzt gehen wir bitte noch in die erste Reihe zur Abgeordneten Franke und dann machen wir die Schlussrunde der Antworten. Dankeschön. Frau Franke, bitte.

Anne Franke: Dankeschön Frau Münch. Danke an Herrn Professor Masala und Frau Dr. Puglierin. Wir haben jetzt oft gehört, dass wirtschaftliche Zusammenhänge, Strategie und Sicherheitspolitik eine große Rolle spielen. Wer gewinnt die ökonomischen Profite, wer investiert in Sicherheit? Für mich stellt sich die Frage, um nicht immer noch mehr in Sicherheit investieren zu müssen, ob wir nicht in der Ökonomie anders vorgehen könnten. Zum Beispiel auf Augenhöhe mit Blick auf afrikanische Länder zu wirtschaften, mehr in Krisenprävention zu gehen. Das wäre meine Überlegung, wo sehen Sie hier die Chance? Danke.

Prof. Dr. Ursula Münch: Ganz wunderbar, ich bedanke mich und darf Herrn Masala um die Beantwortung der ersten Frage von Herrn Niebler bitten und Frau Puglierin bitte ich um die Beantwortung der Fragen zwei und drei.

Prof. Dr. Carlo Masala: Herr Niebler, deutsche Rolle: Ich will jetzt nicht gezielt auf die deutsche Rolle eingehen. Olaf Scholz hat davon gesprochen, dass Deutschland eine Führungsmacht sein soll. Ich glaube, es gibt ein kognitives Problem, das sowohl Olaf Scholz als auch Emmanuel Macron haben. Dieses Problem ist, dass beide glauben, dass man irgendwann mal wieder in der Entwicklung Europas zurückgehen kann, in den guten alten deutsch-französischen Zweiklang, wenn sie sich einig sind. Und ich glaube, dieser Angriffskrieg hat die machtpolitische Balance in Europa, EU-Europa und dann damit auch NATO-Europa, nachhaltig verändert. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich ein Staat wie Polen oder die Balten, wenn sich der Rauch dieses Krieges irgendwann mal legt, nolens volens der deutsch-französischen Führung in der EU bzw. der Quad in der NATO, wo dann die Briten mit den Franzosen, den Deutschen und den Amerikanern sitzen, so einfach mehr oder weniger sang- und klanglos anschließen wird. Ich glaube, wenn man nicht realisiert, dass man diesen Staaten einen gebührenden Platz in diesem Mächtekonzert innerhalb dieser Institutionen geben muss und ihren Anliegen auch gebührend Aufmerksamkeit schenken muss, dann werden wir ganz große Probleme mit diesen Institutionen haben. Mein Gefühl ist – ich stecke da nicht so tief drin, vielleicht sieht das Jana anders –, das ist noch nicht so richtig angekommen. Vielleicht ist es in Berlin ein bisschen angekommen, in Paris ist es definitiv nicht angekommen. Macrons Reden zielen alle noch auf den französischen Grandeur ab, der sozusagen nach vorne geht und der Rest wird mitgezogen, und ich glaube, die Zeit ist vorbei.

Prof. Dr. Ursula Münch: Vielen Dank. Ich darf Sie um die Antworten der beiden anderen Fragen bitten.

Dr. Jana Puglierin: Ich fange trotzdem mit der ersten an. Ich finde, das ist tatsächlich die einfachste oder auch die deutscheste Rolle, weil die deutsche Rolle in Europa vom Kanzler eigentlich sehr in der Tradition seiner Vorgängerin beschrieben wird als „Wir sind die Macht, die Norden, Süden, Osten, Westen zusammenbringen möchte. Wir sind die Zentralmacht Europas, wir sind der Garant für den europäischen Zusammenhalt“. Das ist ganz interessant, weil der Kanzler in Europa nicht von einer Führungsrolle spricht, darauf müssen Sie mal genau achten. Er sagt: „Garant für europäische Sicherheit“. Aber er spricht nie von Führung. Wenn er von Führung spricht, spricht er von Zusammenführen, das ist sein Bild wie Deutschland in Europa agieren soll. Zusammenführen im doppelten Wortsinn, zusammen mit anderen Mächten, Frankreich an erster Stelle, aber eben auch mit anderen Ländern. Führen und Zusammenführen als integrierende Kraft. Ich finde allerdings, dass es dieser Bundesregierung erstaunlich schlecht gelungen ist – vor allen Dingen, wenn man das vergleicht mit dem sehr ambitionierten Koalitionsvertrag, wo ich eigentlich dachte, dass wir die pro-europäischste, auch quasi weitgreifendste mit Initiativen auf EU-Ebene, Regierung haben, die man sich vorstellen kann. Denn das steht in dem Koalitionsvertrag drin. Wenn wir uns jetzt die „Umsetzung der Zeitenwende“ anschauen, gibt es eine sehr deutsche Komponente und es gibt wieder eine sehr starke Betonung auf die enge Beziehung zu den Vereinigten Staaten. Es gibt eine enge Allianz zwischen Biden und Scholz, aber es gibt eigentlich wirklich einen Mangel an einer europäischen Dimension dieser Zeitenwende.

Ich könnte Ihnen jetzt lange erklären, warum sich das deutsch-französische Verhältnis im letzten Jahr nicht besonders gut entwickelt hat. Aber auch das Verhältnis zwischen Deutschland und Mittel- und Osteuropa hat sich nicht gut entwickelt. Ich finde, dass Deutschland diesem eigenen Anspruch sehr wenig gerecht geworden ist und in Brüssel sehr oft isoliert stand, auch weil es anscheinend sehr schwer ist, drei Parteien auf einen Nenner zu bringen. Stichwort Verbrennungsmotor. Aber hier würde ich trotzdem die deutsche Rolle traditionell immer noch als die integrierende Kraft sehen, die auch an kleine Länder denkt und versucht, kleine Länder fürs große Ganze an Bord zu holen, und Koalitionen schmiedet.

Die letzte Frage finde ich auch noch halbwegs klar zu beantworten. Sie haben gesagt, damit wir nicht immer noch mehr in die Sicherheit und Verteidigung investieren müssen. Ich glaube, dass wir diesen Gedanken tatsächlich erst mal akzeptieren müssen. Das ist für mich ein ganz großes Petitum, wenn wir anschauen, wohin die Reise geht. Boris Pistorius möchte 10 Milliarden Euro mehr beim nächsten Haushalt. Ich finde das mehr als richtig, dass er das bekommt. Das ist notwendig, verglichen mit dem Mangel an Investitionen. Ich glaube, dass dies uns

Deutschen sehr schwer fällt, aber dass wir uns an einen Aufwuchs des regulären Verteidigungshaushaltes ranbegeben müssen. Das Sondervermögen stopft nicht jede Lücke, um es dauerhaft zu machen, und ich glaube, dass wir das tun müssen. Das eine zu tun, heißt ja nicht, das andere zu lassen, natürlich nach wie vor mit Krisenprävention. Ich bin im Beirat Zivile Krisenprävention der Bundesregierung, ich würde immer sagen, das ist eine absolut wichtige Investition und hier müssen wir mehr tun. Aber das alleine reicht nicht, wir müssen gleichzeitig tatsächlich massiv in die Bundeswehr investieren. Aber der interessante Aspekt ist: Ökonomie als Instrument der Außenpolitik. Ich finde, das ist tatsächlich etwas, was die Europäische Union noch ausbaufähig sieht, weil dieser Kalte Krieg, von dem Carlo gesprochen hat, oder auch die Großmächtauseinandersetzung USA und China ja nicht nur im klassischen Bereich der Sicherheitspolitik ist, sondern das, was wir sehen, ist im Prinzip eine Versicherheitlichung von ganz vielen Bereichen und eine Tendenz, dass Geldströme, Energieabhängigkeiten, Technologien, all das Waffen werden können. Ich glaube, in diesem Bereich müssen wir noch resilienter werden und besser nachdenken. Ein Instrument, welches ich zum Beispiel sehr gut finde, ist das Stichwort ökonomische Erpressbarkeit. Das Instrument der Europäischen Union ist das Anti-Coercion-Instrument, um sich dagegen zu wehren.

Was ist mit den Menschen? Das ist für mich wie für Carlo eine schwierige Frage. Ich fand es in den ersten Wochen des Krieges am allerschwersten, die menschliche Komponente vor Augen zu haben, diese aber aktiv immer ausblenden zu müssen, weil man sonst bei jedem Interview, in dem man die Lage beschreibt, eigentlich anfangen könnte zu heulen. Das macht sich dann nicht so gut, dann ist man direkt irgendwie unseriös. Natürlich gibt es diese menschliche Komponente, welche mein Arbeiten, unser Arbeiten massiv vorantreibt. Hier würde ich wieder zu unserer schrecklich wertegeleiteten Außenministerin zurückkehren, die es auch immer wieder auf den Punkt bringt, um auf die Menschen in China hinzuweisen, auf die Menschen in Russland, auf die politischen Systeme, auf Unterdrückung. Ich finde, dass das von unseren Interessen in einer Demokratie nicht trennbar ist. Aber natürlich können wir nicht eine rein wertegeleitete Außenpolitik bzw. eine nur an den Menschen und deren persönlichen Schicksalen orientierte Außenpolitik machen. Aber ich kann Ihnen als Beobachterin dieses Krieges sagen – vor allen Dingen, weil man auch sehr oft schnell in den Ruf kommt, man wäre jetzt Aktivistin quasi à la Greenpeace und man kette sich irgendwo an –, dass das einen natürlich jeden Tagen ungemein und auch noch nach mehr als einem Jahr massiv bewegt.

Prof. Dr. Carlo Masala: Ich möchte noch einen Satz zu den Werten und den Interessen aufgreifen, weil ich das wirklich total wichtig finde. Es wird nicht immer in Einklang zu bringen sein, es wird manchmal im Widerspruch stehen, und ich finde, dass Teile dieser Bundesregierung das wirklich sehr gut machen, aber nicht alle Teile. Es wird dann verständlicher, wenn man das Dilemma klar kommuniziert. Ich finde, in der Frage war zum Beispiel die Katar-Gasfrage von Robert Habeck vorbildlich. Denn man kann natürlich die Frage stellen: Warum gehen wir von dem einen autoritären System weg und zu dem nächsten hin und kaufen dort unser Gas? Was ist das denn jetzt für eine Politik? Dann könnten wir auch bei den Russen bleiben. Er hat das Dilemma, das in der Öffentlichkeit existiert, das sich nicht auflösen lässt, thematisiert. Ich glaube, man kann viel Verständnis für viele Probleme in der deutschen Außenpolitik schaffen, die auf den ersten Blick komplett gegeneinander stehen, wenn man ehrlich kommuniziert. Das ist halt eine Fähigkeit, die geht Politikern selten leicht von der Hand, weil man immer so dastehen will, als ob man weiß, was man tut, und das ist alles Olaf Scholz-Außenpolitik aus einem Guss. Nein, ist es meistens nicht. Aber wenn man es klar kommuniziert, verstehen die Leute das auch.

Prof. Dr. Ursula Münch: Dass die Leute das – in Anführungszeichen – besser verstehen, lieber Herr Masala, dazu haben Sie beide heute Abend auch beigetragen. Ganz herzlichen Dank, liebe Frau Puglierin, lieber Herr Masala. Ganz herzlichen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, dass Sie den Vortrag gehalten haben, dass Sie uns vieles zusätzlich beleuchtet und erklärt haben. Vielen Dank für den Austausch.

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, Ihre Geduld. Vor allem bedanke ich mich nochmals bei Ihnen, liebe Frau Präsidentin. Ganz herzlichen Dank für die Gastfreundschaft. Danke an alle Mitglieder des Bayerischen Landtags. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und darf jetzt, das ist immer die schönste Aufgabe, im Namen der Präsidentin zum Empfang im Bayerischen Landtag hier im Steinernen Saal einladen. Sie sind der Präsidentin und dem Präsidium des Bayerischen Landtags allen herzlich willkommen und wir freuen uns, dass Sie da waren.

Vielen Dank.



Prof. Dr. Carlo Masala, Dr. Jana Puglierin, Landtagspräsidentin Ilse Aigner und Prof. Dr. Ursula Münch (v.l.n.r.)



Diskussion zum Vortrag von Prof. Dr. Carlo Masala



Herausgeber

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1
82327 Tutzing
www.apb-tutzing.de

Bayerischer Landtag
Maximilianeum
Max-Planck-Straße 1
81675 München
www.bayern.landtag.de